

Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit

Dokumentation der Debattenreihe der Forschungsstelle Geschlechterforschung
an der Universität Osnabrück im Rahmen des Projekts *Zukunftsdiskurse 2018/2019*



Auftaktveranstaltung

Zwischen Gender Equality und Rollback?

Keynotes: Tarik Tesfu und Prof.in Dr.in Susanne Völker
Moderation: Judith Conrads

Debatte #1

Bildung und Geschlecht im Spannungsfeld von Differenz und (Un-)Gleichheit

Keynote: Prof.in Dr.in Melanie Kubandt
Debatte mit: Nico Kerski, Florian Cristóbal Klenk,
Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald und Juliette Wedl
Moderation: Prof.in Dr.in Carol Hagemann-White

Debatte #2

Feministische Solidaritäten im Kontext von Flucht und Migration

Keynote: Prof.in Dr.in Zeynep Kivilcim
Debatte mit: Dr.in Delal Atmaca und
Dr.in Kathrin Klausning
Moderation: Prof.in Dr.in Helen Schwenken

Debatte #3

Gleichstellung vs. Diversity? Perspektiven für mehr Chancengleichheit

Keynote: Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill
Debatte mit: Né Fink, Dr.in Sabine Jösting
und Lucienne Wagner
Moderation: Dr.in Johanna Neuhauser

Abschlusskonferenz

Lasst uns reden! Über Geschlecht, Zukunft und Sprache

Vorträge: Prof.in Dr.in Gabriele Diewald, Lajla Fetic,
Aylin Karabulut, Prof.in Dr.in Ulrike Lembke
und Prof.in Dr.in Andrea Maihofer
Moderation: Judith Conrads

anschließende

Vortragsreihe (WiSe 2020/2021)

**WTN?! (What The Norm?!) – Genderdiskurse
weiterdenken**

Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit

Dokumentation der Debattenreihe der Forschungsstelle Geschlechterforschung
an der Universität Osnabrück im Rahmen des Projekts *Zukunftsdiskurse 2018/2019*

Inhalt



© Angela von Brill

Dokumentation der Reihe

In dieser Broschüre ist die Debattenreihe „**Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit**“ an der Universität Osnabrück dokumentiert, die durch die Forschungsstelle Geschlechterforschung der Universität Osnabrück durchgeführt wurde.

Zu jeder Veranstaltung der Reihe (der Auftaktveranstaltung, den drei Debatten und der Abschlusskonferenz) finden sich auf den folgenden Seiten ein **Kurzbericht**, Angaben zu **Referent*innen** und **Podiumsteilnehmer*innen** sowie Fotografien. Am Ende der Broschüre findet sich zudem ein Bericht zu der studentisch organisierten Vortragsreihe „WTN?! (What The Norm?!) – Genderdiskurse weiterdenken“, die sich an die Debatten sowie die Abschlusskonferenz anschloss.

Statements der Teilnehmer*innen

In **Kurzstatements** bringen **Referent*innen** und **Podiumsteilnehmer*innen** ihre zentralen Thesen zur Debatte auf den Punkt.

Über 360 Menschen haben an den Debatten teilgenommen und sich an diesen beteiligt. Auch von diesen **Teilnehmer*innen aus dem Publikum** konnten wir einige Eindrücke in Form von Kurzstatements festhalten.



© iStock.com/frimages

Gedanken und Reflexion

Mitglieder und Mitarbeiter*innen der Forschungsstelle Geschlechterforschung sowie Studierende des „Interdisziplinären Zertifikats Geschlechterforschung“ haben im Anschluss an die Veranstaltungen basierend auf ihren eigenen Eindrücken **essayistische Berichte und Reflexionen** zu den Debatten verfasst. Diese finden sich jeweils am Schluss der Berichte zu den einzelnen Veranstaltungen.



© Angela von Brill

Weitere Informationen zur Debattenreihe finden sich unter: www.fgf.uos.de/zukunft

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

06	Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit Eine Debattenreihe	34	Abschlusskonferenz Lasst und reden! Über Geschlecht, Zukunft und Sprache
09	Auftaktveranstaltung Geschlechtergerechtigkeit. Zwischen Gender Equality und Rollback?	51	Politisiert euch! Essay zur Debattenreihe
14	Debatte #1 Bildung und Geschlecht im Spannungsfeld von Differenz und (Un-)Gleichheit	59	Öffentliche Vortragsreihe WTN?! (What The Norm?!) – Genderdiskurse weiterdenken
22	Debatte #2 Feministische Solidaritäten im Kontext von Flucht und Migration	62	Impressum
27	Debatte #3 Gleichstellung vs. Diversity? Perspektiven für mehr Chancengleichheit		

ZUKUNFT DER GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Eine Debattenreihe

Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen für das gegenwärtige und zukünftige Zusammenleben wie die Stärkung von sozialer und politischer Teilhabe und das Erreichen von größerer Chancengleichheit hängen stets auch mit Geschlechterordnung und Geschlechterverhältnissen zusammen.

Geschlecht und Sexualität sind dabei politisch wie gesellschaftlich stark umkämpfte Felder, anhand derer gesellschaftliche Normen und Änderungen der sozialen Ordnung verhandelt werden. Das öffentliche Erstarken von Tendenzen, die soziale Veränderungen per se als Bedrohung empfinden und demgegenüber eine Wiederherstellung „der alten Ordnung“ fordern, macht eine Auseinandersetzung mit diesen Zusammenhängen umso notwendiger.

Hochschulen als Orte der Wissensproduktion und des wissenschaftlichen Dialogs tragen dabei eine besondere Verantwortung in der Förderung einer demokratischen Gesellschaft auf der Grundlage des Grundgesetzes, indem sie gesellschaftliche Veränderungen analysieren und deren komplexe Zusammenhänge fachlich fundiert diskutieren und vermitteln.

Der Wissenschaft kommt so die Aufgabe zu, mit ihrer Forschung und ihren Befunden Impulse für eine zukunftsfähige – und damit auch geschlechtergerechte – Gesellschaft zu setzen. Auf diese Weise kann sie zu einer differenzierteren Auseinandersetzung mit aktuell zu beobachtenden Ungleichzeitigkeiten von zunehmender Gleichstellung und Anerkennung von Vielfalt auf der einen sowie vermehrt öffentlich geäußelter Ablehnung dieser Entwicklungen auf der anderen Seite beitragen.

Diese Ungleichzeitigkeiten wurden für die Debattenreihe zunächst unter der zugespitzten Gegenüberstellung „Gender Equality oder Rollback?“ gefasst.



Demgegenüber stellte sich im Projektverlauf ein Abwägen der Gewichtung beider Pole als zentral heraus: (Wie sehr) wollen wir uns mit den Anwürfen und dem „Rollback“ beschäftigen? Wie viel Reaktion und Entgegnung ist notwendig, wie viel Konzentration und Fokus auf die eigene (Forschungs- und Praxis-)Arbeit ist möglich? Wie lässt sich einer Untergangsstimmung die Perspektive einer gerechten Welt entgegenstellen und dennoch zugleich auf weiterhin erforderliche Schritte auf dem Weg dorthin verweisen?

Die Debattenreihe „Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit“ der Forschungsstelle Geschlechterforschung näherte sich diesen Fragestellungen in verschiedenen Formaten und fokussierte gesamtgesellschaftliche wie auch globale Herausforderungen im Kontext von Bildung, Migration und Diversität aus einer Geschlechterperspektive. Dabei wurde der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis angeregt, um ein beidseitiges Lernen zu ermöglichen und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.

Die Debattenreihe förderte auf diese Weise kritische Reflexionen eigener – wissenschaftlicher wie zivilgesellschaftlicher – Praxis und einen interdisziplinären Austausch über gesellschaftliche Realitäten und akademische Befunde. Ambivalenzen und Widersprüche, so zeigte sich, sind gesellschaftlichen Phänomenen wie Forschungsfeldern inhärent und müssen teilweise „einfach“ ausgehalten werden. Auch wurde diskutiert, wie Differenzen zugelassen und artikuliert werden können, ohne zugleich Hierarchisierungen vorzunehmen.

Der Stellenwert von Allianzen – auch über Differenzierungen hinweg – wurde immer wieder deutlich. Die machtvolle Bedeutung von Sprache zog sich dabei wie ein roter Faden durch die Debatten: Wer spricht für wen? Wer wird nicht gehört?

In der Abschlusskonferenz wurden diese Perspektiven auf Sprache und Geschlecht gebündelt und diskutiert, wie diese Dimensionen mit Blick auf eine (geschlechter)gerechte Zukunft zusammengedacht werden können.

Judith Conrads

für die Forschungsstelle Geschlechterforschung der Universität Osnabrück
Oktober 2019

DIE DEBATTENREIHE

im Überblick

26.10.2018 | AUFTAKTVERANSTALTUNG

Geschlechtergerechtigkeit. Zwischen Gender Equality und Rollback?

Keynotes: **Tarik Tesfu** (u. a. Host bei „Jäger & Sammler“) und Prof.in Dr.in **Susanne Völker** (Universität zu Köln)

Moderation: **Judith Conrads** (Universität Osnabrück)

08.11.2018 | DEBATTE #1

Bildung und Geschlecht im Spannungsfeld von Differenz und (Un-)Gleichheit

Keynote: Prof.in Dr.in **Melanie Kubandt** (Universität Vechta)

Debatte mit: **Nico Kerski** (Bundesverband Queere Bildung e. V.), **Florian Cristóbal Klenk** (Technische Universität Darmstadt), Prof. Dr. **Kai-Olaf Maiwald** (Universität Osnabrück) und **Juliette Wedl** (Braunschweiger Zentrum für Gender Studies)

Moderation: Prof.in Dr.in **Carol Hagemann-White**

25.01.2019 | DEBATTE #2

Feministische Solidaritäten im Kontext von Flucht und Migration

Keynote: Prof.in Dr.in **Zeynep Kivilcim** (Humboldt-Universität zu Berlin)

Debatte mit: Dr.in **Delal Atmaca** (DaMigra e. V.) und Dr.in **Kathrin Klausning** (Universität Osnabrück)

Moderation: Prof.in Dr.in **Helen Schwenken** (Universität Osnabrück)

15.05.2019 | DEBATTE #3

Gleichstellung vs. Diversity? Perspektiven für mehr Chancengleichheit

Keynote: Prof.in Dr.in **Mechthild Bereswill** (Universität Kassel)

Debatte mit: **Né Fink** (Projekt Unterstützung von trans* Studierenden, Stabsstelle Chancengleichheit und Diversität, Universität Göttingen), Dr.in **Sabine Jösting** (Gleichstellungsbeauftragte Universität Osnabrück) und **Lucienne Wagner** (Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership)

Moderation: Dr.in **Johanna Neuhauser** (Universität Osnabrück)

27.09.2019 | ABSCHLUSSKONFERENZ

Lasst uns reden! Über Geschlecht, Zukunft und Sprache

Vorträge: Prof.in Dr.in **Andrea Maihofer** (Universität Basel), Prof.in Dr.in **Ulrike Lembke** (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof.in Dr.in **Gabriele Diewald** (Leibniz Universität Hannover), **Lajla Fetic** (Bertelsmann Stiftung) und **Aylin Karabulut** (Universität Duisburg-Essen)

Moderation: **Judith Conrads** (Universität Osnabrück)

26.10.2018 | AUFTAKTVERANSTALTUNG

Geschlechtergerechtigkeit. Zwischen Gender Equality und Rollback?



Im Gespräch: v. l. Tarik Tesfu, Judith Conrads und Prof.in Dr.in Susanne Völker

© Sebastian Bracke

Für den Auftakt der Reihe konnten zwei Keynote-speaker*innen gewonnen werden, die mit ganz unterschiedlichen Perspektiven auf den Stand der Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft blickten.

Soziologin Prof.in Dr.in Susanne Völker (Universität zu Köln) näherte sich der Frage und lud zu wissenschaftlichen Reflexionen ein. Sie diskutierte unter der Frage „Wessen Allianzen, wessen Feminismus?“, wie den Herausforderungen aktueller Ungleichheiten begegnet werden könne.

Der Moderator Tarik Tesfu (u. a. Host bei „Jäger & Sammler“) erläuterte in seinem Impuls „Feminismus meets Internet meets Mainstream meets Yeah!“, warum Feminismus und Mainstream wunderbar zu-

sammenpassen. Er forderte, Feminismus zukünftig noch stärker intersektional und inklusiv zu denken.

In der Diskussion mit dem Publikum ging es insbesondere um das Verhältnis von Wissenschaft und medialer Praxis. Aus der Perspektive der Soziologie formulierte Völker, wie sich die mediale Praxis und Öffentlichkeit verändern müsse, damit das Anliegen einer geschlechtergerechten Zukunft stärker vorangetrieben werden könne.

Umgekehrt forderte Tesfu eine größere Öffnungsbereitschaft und einen Abbau von Zugangsbarrieren der akademischen Welt ein, damit auch die Wissenschaft als Praxisfeld stärker zu einer geschlechtergerechten Zukunft beitragen könne.



© privat

„Wir haben aktuell mit der massiven Vervielfältigung von Differenzlinien zwischen „Eigenem“ und „Fremdem“ (Re-Nationalisierung) als aktueller politischer Mobilisierung von menschenverachtenden Differenzen zu tun. Zugleich zeigen sich aber Gegenkräfte und Allianzen gegen diese toxischen Differenzsetzungen, die auf Praktiken der Kohabitation und auf Stattgabe von Alterität setzen. Aus queer-feministischen Perspektiven werden die (Un-)Möglichkeiten dieser Allianzen der Kohabitation diskutiert.“

Prof.in Dr.in Susanne Völker

„Meine Message ist, dass ich keinen Bock mehr auf den Begriff Hatespeech habe, weil der Begriff so tut, als wär das, was da im Netz passiert, total neu, aber das ist es nicht. Es gibt Rassismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit, Transfeindlichkeit, Interfeindlichkeit auch natürlich in der Offline-Welt. Deshalb überrascht es mich nicht, dass Menschen auch im Netz dissen. Das heißt, wenn wir das ernst nehmen und wenn wir etwas verändern wollen, dann müssen wir über Rassismus offline sprechen und dann hört der online bestimmt auch auf.“

Tarik Tesfu

„War extrem viel Info, aber total bereichernd. Ich konnte auch einiges von meinem Vorwissen verknüpfen. Es ist ganz, ganz viel, was ich in meinem Kopf erstmal sortieren muss, erstmal verarbeiten muss. Aber insgesamt: mega, mega gut.“

Teilnehmer*in aus dem Publikum im Anschluss

„Zwei ganz unterschiedliche Perspektiven [...]; auf der einen Seite eine sehr wissenschaftliche Herangehensweise an das Thema Feminismus und Geschlechterforschung und auf der anderen Seite eine sehr realitätsbasierte Herangehensweise, die Diskriminierungen auf sehr vielen Ebenen und Feminismus sehr inklusiv denkt. [...] Was ich mir wünschen würde, ist, dass das Mitdenken von marginalisierten Gruppen viel mehr stattfindet – in der Uni und im Diskurs im Feminismus.“

Teilnehmer*in aus dem Publikum im Anschluss



© iStock.com/Luciano_Marques

ZWISCHEN GENDER EQUALITY UND ROLLBACK?

Oder: Wie viel Gleichheit braucht die Vielfalt?

Der Feminismus muss raus aus den Hörsälen, raus aus den Diskussionszirkeln feministischer Aktivist*innen und hinein in die Köpfe der breiten Gesellschaft und insbesondere hinein in die Köpfe der Jugend – in die Köpfe derjenigen Generation, die eine geschlechtergerechte Zukunft gestalten kann, wenn sie nur will. Das kann als Fazit dieser Auftaktveranstaltung gelten.

Zu diesem Zweck muss, so wurde wiederholt laut, der Feminismus plural sein. Wie die Debatte gezeigt hat, ist dieses Unterfangen jedoch nicht leicht umzusetzen – weder von wissenschaftlicher noch von praktischer Seite. Nicht erst Alice Schwarzers kontroverse Ansichten zu Kopftüchern in islamischen Religionsgemeinschaften haben die Frage aufkommen lassen, wie die Kooperation für, ja der vereinte Kampf um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu bestreiten sein kann, wenn den Herausforderungen der Intersektionalität in diesem Kampf nicht angemessen begegnet werden kann.

Es besteht zwar ein Kampf um eine geschlechtergerechte und offene Gesellschaft, doch Personen und Personengruppen, die unterschiedliche soziale Hintergründe aufweisen, führen unterschiedliche Kämpfe, die unterschiedlichen Hindernissen ausgesetzt sind und entsprechend mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden – Hindernisse, die nicht immer wahrgenommen werden, und Mittel, die nicht immer als solche erkannt werden (das Kopftuch als Zeichen der Befreiung etwa).

Es sind diese sektionalen Differenzlinien eines pluralen Feminismus, die das Eigene vereindeutigen und vermehrt den Kampf um die eigenen Privilegien forcieren, denen andere Privilegien bedrohlich werden können. Die umkämpfte Linie (oder Linien) zwischen Gender Equality und Rollback oszilliert so zwischen Eindeutigkeit und Vielfalt – nicht nur bei weißen Talkshow-Mastern und männlich dominierten Betriebsräten, sondern auch innerhalb der feministischen Bewegung.

Daher – und das zeigte der Diskussionsverlauf deutlich – wird es zu einem immer anspruchsvolleren Unterfangen, diese Diversität in einen gemeinsamen Kampf für Geschlechtergerechtigkeit zu überführen. Wie also können diese Differenzlinien, die sowohl das Rollbacklager als auch das Gender Equality-Lager in Teilen durchzieht, überwunden werden? Und was kann universitäres Engagement und universitäre Forschung inmitten dieser komplexen Landschaft an Vielfalt- und Eindeutigkeits-erwartungen gesellschaftlich leisten? Wie können Wissenschaft und Praxis kooperieren, um die Öffentlichkeit besser zu erreichen? Wie kann Vielfalt vermittelt werden?

Die Debatte hat schnell die Grenzen einer Kooperation und des akademischen Einflusses aufgezeigt. Eine akademische Debatte, wie sie Susanne Völker in der Auftaktveranstaltung angestrebt hat, kann zwar Probleme benennen und holistische Lösungen präsentieren. Allerdings neigen akademische Disziplinen, genau wie jede Aktionsgruppe, dazu, eine eigene und komplexe Sprache zu entwickeln, um die komplexen Sachverhalte zu ergründen und zu vermitteln. Hierdurch entfernen sie sich nicht nur voneinander, sondern vor allem von der breiten Öffentlichkeit, der diese Sprache und die komplexen Konzepte nur bedingt zugänglich sind.

Dem Vorschlag Susanne Völkers zu folgen und zu reflektieren, wann und warum welche Differenzsetzungen attraktiv werden, wäre zwar ein fundamentaler Schritt, um eine gendergerechte Gesellschaft zu gestalten. Doch scheitert ein solcher Vorschlag schnell daran, die entsprechenden Adressat*innen nicht angemessen zu erreichen; sich ihnen sprachlich nicht zugänglich zu machen und ihre eigentlichen Lebensumstände, ihre Zwänge und Nöte zu übergehen.

Tarik Tesfu setzt vor diesem Hintergrund auf einen sprachlichen Zugriff, der direkt an der alltäglichen Wahrnehmung seiner Rezipient*innen zu rütteln – sie zu justieren – versucht. Tarik Tesfu will nicht lediglich den Minderheitenpositionen eine Stimme geben, sondern er will dem Mainstream eine Sprache vermitteln, der es diesem Mainstream ermöglicht, in den Dimensionen und Problemen des modernen Feminismus und seiner Diversität zu denken; diese hierdurch sogar zu verinnerlichen. „Femstream“ nennt er seine Strategie. Er will hierbei vor allem die Jugend erreichen, indem er das, was er als ihre Sprache begreift, adaptiert und sogar um neue Wortschöpfungen und einem breiten Repertoire an Anglizismen erweitert. „Flatratearschlochmodus“ ist eines dieser Worte, das versucht, komplexe Sachverhalte in eine einfache, zielgruppenspezifische Sprache zu übersetzen.

Über die Sprache wird so eine ganze Realität vermittelt. Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Betrachtungen wird nicht nur ein Konzept geboten, das eine eigene Sprache verlangt. Der jugendsprachliche Vorstoß klinkt sich direkt in den kognitiven Bahnen ein, die bei jedem Rezipienten und jeder Rezipientin schon vorgeprägt sind, um so aus einer gemeinsamen Sprache heraus, die den Wahrnehmungsschemen der Rezipient*innen entspricht bzw. diese Wahrnehmung täglich reproduziert, eine neue Wahrnehmung zu entfalten.

Nicht nur sprachlich, sondern auch medial setzt Tesfu dort an, wo universitäre Arbeit nicht hinreicht: bei Internetclips. Auch hier wird ein Format bedient, das die universitären Vorbedingungen umgeht, die zu einem Wortschatz tendieren, der Probleme zwar präzisiert und benennt, sie im selben Moment jedoch ebenso von einem größeren Rezipient*innenkreis entfernt.

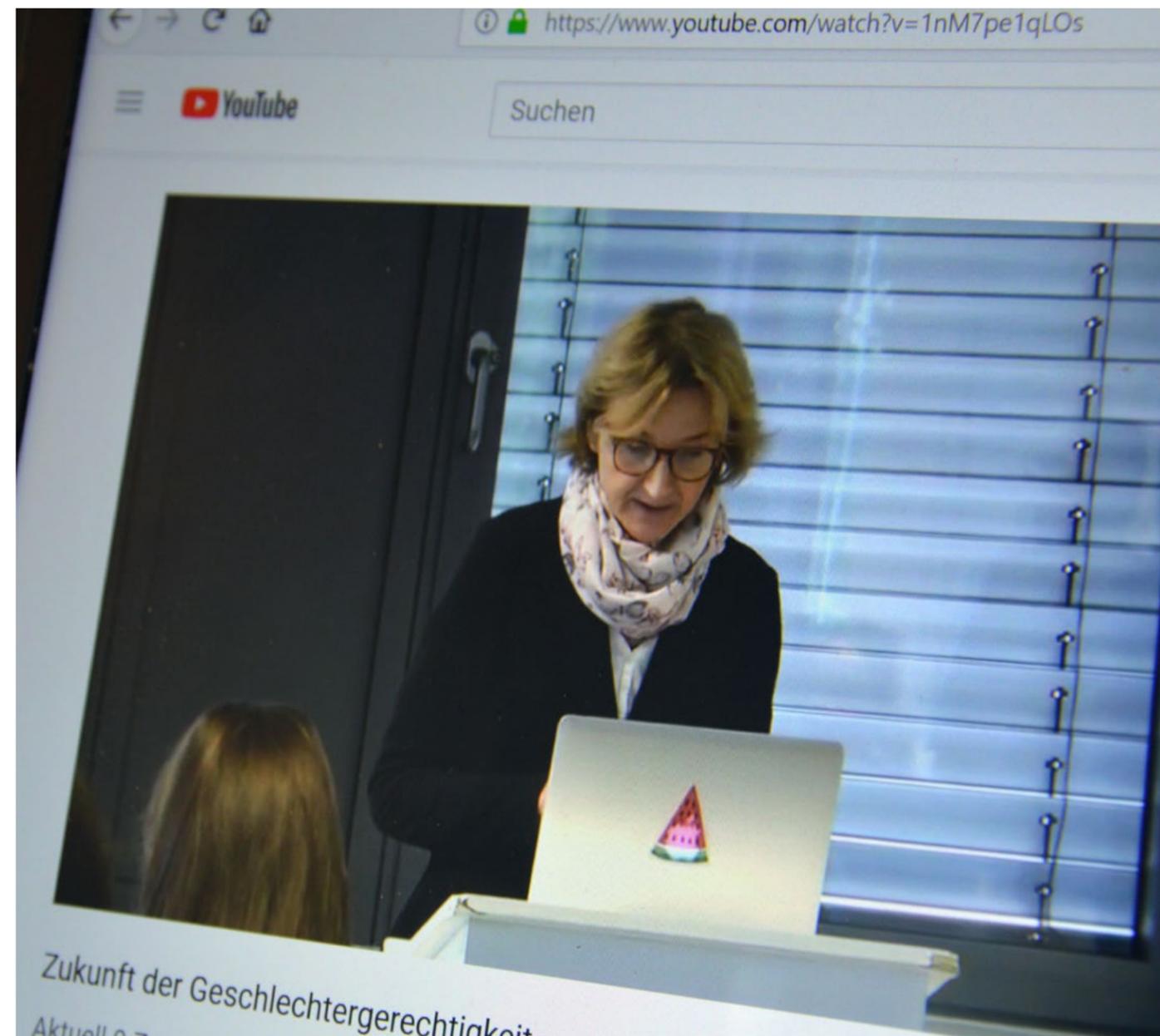
Wie also kann der Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Gesellschaft gestaltet werden? Haben sich die notwendigen Standards von Theorie und Praxis zu weit voneinander entfernt? Wie kann sich der universitäre Diskurs der Praxis und der Öffentlichkeit nähern, ohne sich durch seine Sprache und komplexen Darstellungen vor ihnen zu verschließen? Wie kann der akademische Diskurs den täglichen Herausforderungen gerecht werden, ohne hierbei in seiner vielfach (zu Recht) kritisierten kolonialen Position zu verharren?

Ein Aspekt, der hierbei unbeachtet blieb, ist jedoch, dass bei weitem nicht alle Betroffenen Aktivist*innen

sind. Das heißt nicht, dass dieses Problem für sie bedeutungslos wäre. Doch neigen Debatten dazu, die eigentlichen Subjekte – etwa Trans* Menschen – zu objektivieren. So ließ sich eine Trans* Person kürzlich bei VICE wie folgt zitieren: „Mein Leben gehört mir nicht mehr. Es ist zu einem Debattenthema geworden.“

Jeder Versuch, Differenzlinien zu überwinden, läuft offenbar unweigerlich Gefahr, eben jene Grenzziehungen zu reproduzieren und so zu zementieren.

Dr. Maik Patzelt
Universität Osnabrück





© iStock.com/katrinmelena
Rosa für Mädchen, Blau für Jungs. Wie kommen wir raus aus diesen Klischees?

08.11.2018 | DEBATTE #1

BILDUNG UND GESCHLECHT IM SPANNUNGSFELD VON DIFFERENZ UND (UN-)GLEICHHEIT



v. l.: Prof.in Dr.in Carol Hagemann-White, Prof.in Dr.in Melanie Kubandt, Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald, Florian Cristóbal Klenk, Nico Kerski und Juliette Wedl © Sebastian Bracke

In der ersten Debatte stand Kindheit und Jugend als Wissenschafts- und Praxisfeld im Fokus.

Geschlecht spielt als Differenzkategorie bereits in der frühen Lebensphase eine große Rolle, das machte Prof.in Dr.in Melanie Kubandt (Universität Vechta) in ihrer Keynote deutlich.

Auf Basis eigener empirischer Forschung zeichnete sie nach, wie Essentialisierung von zweigeschlechtlichen Differenzen und Hierarchien bereits in der frühen Kindheit verstärkt werden.

Die anschließende Debatte moderierte Prof.in Dr.in Carol Hagemann-White (Universität Osnabrück).

In der Diskussion mit dem Publikum standen folgende Fragen im Zentrum:

Wie vollziehen sich Differenzsetzungen und damit einhergehende Hierarchisierungen und Ungleichheiten im familiären und institutionellen Alltag?

Auf welche Weise können pädagogische Ansätze zu einer geschlechtergerechteren Zukunft beitragen?

Welchen Einfluss haben Geschlechterverhältnisse und -vorstellungen und deren Wandel in Bildungsinstitutionen?

Dazu diskutierten Nico Kerski (SCHLAU Niedersachsen e.V. und Bundesverband Queere Bildung e.V.), Juliette Wedl (Braunschweiger Zentrum für Gender Studies), Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald (Universität Osnabrück) und Florian Cristóbal Klenk (Technische Universität Darmstadt).

GÄNGIGE GESCHLECHTER-PERSPEKTIVEN IM FELD DER FRÜHEN KINDHEIT

Zweigeschlechtlichkeit als Dreh- und Angelpunkt der Betrachtungen?!

Trotz diverser Aufbrüche auf wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zeigt sich in Feldern der frühen Kindheit sowohl im Kontext von Empirie, auf Ebene normativer Vorgaben als auch in pädagogischer Praxis nach wie vor die Tendenz, Geschlechterfragen primär mit der gesellschaftlichen Folie von Zweigeschlechtlichkeit in den Blick zu nehmen.

Im Kurzimpuls wird dies für das Feld der Kindertageseinrichtungen u. a. auf Basis empirischer Erkenntnisse aus einem qualitativ-rekonstruktiven Projekt mit dem Titel „Geschlechterdifferenzierung in der Kindertageseinrichtung“ an konkreten Beispielen nachgezeichnet. Im Zentrum der Studie standen doing-gender-Prozesse von Kindern, pädagogischen Fachkräften, Eltern und der Forscherin selbst im Alltag einer niedersächsischen Kindertageseinrichtung. Methodologisch verortet sich die Studie im ethnomethodologischen Paradigma.

Die Ausrichtung an der Folie der Zweigeschlechtlichkeit betrifft zum einen Forschungslogiken empirischer Studien im elementarpädagogischen Feld, die zwar oftmals betonen, sie würden Geschlechterkonstruktionen in den Blick nehmen, dann jedoch im Sinne von Reifizierungsprozessen bereits von Unterschieden zwischen zwei Geschlechtern ausgehen und diese zum Teil durch ihren spezifischen empirischen Zugang reproduzieren. Ähnliches gilt für normative Setzungen und bildungspolitische Ansprüche an die Kindertagesbetreuung.

So konnte in der genannten Studie für die Bildungs-, Erziehungs- und Orientierungspläne im Rahmen ei-



Prof. Dr. in Melanie Kubandt
(Universität Vechta) © privat

ner diskursiv gerahmten Dokumentenanalyse nachgezeichnet werden, dass die Bildungspläne in der Regel Geschlecht als kollektiv gültige Unterscheidungskategorie zugrunde legen und Unterschiede zwischen zwei Geschlechtern als Ausgangsfolie dienen bzw. als konstatiertes Normallfall dargestellt werden. Diese Logiken prägen auch aktuelle Debatten um die Frage nach mehr Männern in Kindertageseinrichtungen.

Neben aufgezeigten Beispielen zu den genannten Aspekten ist es Ziel des Impulsvortrages, auf die Schwierigkeiten und blinden Flecke hinzuweisen, die mit einer Perspektive auf Zweigeschlechtlichkeit im Feld der frühen Kindheit einhergehen.

Entgegen der häufig dualen Konstruktion der Geschlechterrollen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, Müttern und Vätern ist zukünftig eine differenziertere Perspektive einzunehmen, die komplexe Möglichkeiten anstelle von polaren Sichtweisen bietet. Andernfalls sind Bildungsinstitutionen, wie beispielsweise Kindertageseinrichtungen, Orte, in denen bestehende Geschlechterverhältnisse unter dem Label „Geschlechtergerechtigkeit“ reproduziert und manifestiert werden.

Prof. Dr. in Melanie Kubandt
Universität Vechta



v. l.: Prof. Dr. in Carol Hagemann-White und Prof. Dr. in Melanie Kubandt

© Sebastian Bracke

„Ich fand es sehr spannend, dass die verschiedenen Personen aus unterschiedlichen Zusammenhängen kommen und als Expert*innen aus ihren jeweiligen Gebieten auf die Hartnäckigkeit der symbolischen Ordnung des Geschlechts gestoßen sind. Es war interessant über Begriffe zu sprechen, die nicht aus der Geschlechterforschung kommen, gerade mit Blick auf Bildung. Und sich der Frage zu widmen, was Gerechtigkeit mit Blick auf Geschlecht bedeutet.“

Prof. Dr. in Carol Hagemann-White

„Für eine geschlechtergerechte Zukunft braucht es vor allem eine Sprache, die den wichtigen akademischen Diskurs auch für die Praxis verständlich macht.“

Nico Kerski

„Was mir wichtig ist, ist Normierungen zu durchbrechen und die Sichtbarkeit zu erhöhen von verschiedensten Formen der Identität oder der Identifizierung.“

Juliette Wedl

„Die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit braucht den Austausch über mögliche Antworten: Gerade für den Elementarbereich, da auch alternative Perspektiven jenseits der Folie von Zweigeschlechtlichkeit mitzudenken und auch mitzugestalten.“

Prof. Dr. in Melanie Kubandt

„Wie eine geschlechtergerechte Zukunft aussieht, kann ich nicht sagen. Ich kann aber sagen, dass wir eine Kritik an Hierarchisierung, Normalisierung und Verwertung von Differenz benötigen, um dort hinzugelangen.“

Florian Cristóbal Klenk

„Wir hatten vorher noch keine Berührungspunkte mit dem Thema Gender. Aber weil das immer mehr Thema wird und wir erwarten, dass uns das auch in unserem späteren Beruf im Lehramt betreffen wird, sind wir gekommen. Wir konnten uns damit gut identifizieren, denn solche Fragen stellen wir uns auch. Und dafür war der Input richtig gut.“

zwei Teilnehmer*innen aus dem Publikum

DAS BILDUNGSPARADOX

Wie die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit im Bildungsbereich zur Verfestigung der Zweigeschlechtlichkeit in öffentlichen Bildungsinstitutionen beitragen kann



Blick ins Plenum bei der Debatte

© Sebastian Bracke

Neben einer Reihe von Erkenntnissen regte die Debatte zur Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit im Bildungsbereich durch das Freilegen einer Reihe von Paradoxien zum Nachdenken an.

Schon die Ausgangsthese, die die Erziehungswissenschaftlerin Melanie Kubandt ins Zentrum ihres Impulsvortrags stellte, hatte es in sich: Öffentliche Bildungsinstitutionen, wie Kindertagesstätten, seien Orte, in denen bestehende Geschlechterverhältnisse nicht etwa aufgebrochen und verändert, sondern reproduziert, essentialisiert und manifestiert würden. Das geschehe zudem häufig unter dem trügerischen Label der Geschlechtergerechtigkeit, indem die Trennung in zwei Geschlechter vorausgesetzt werde. Mit dem Versuch, diese Differenz aus Gerechtigkeitsgründen anzugehen, werde das

Gegenteil erreicht und sie auf diese Weise erst konstruiert (schön, wenn Jungen auch mal fürsorglich sind und Mädchen auch mal Fußball spielen).

In der Praxis bedeute dies, dass gerade indem daran gearbeitet werde, projizierte Eigenschaften zu bewältigen, diese erst verfestigt würden: bei Kindern *und* bei Erziehenden. Damit steht die Frage im Raum, ob das Erziehungsziel der Geschlechtergerechtigkeit nicht selbst zum Problem wird.

Kubandt erläuterte, wie die Reproduktion von Geschlechtsstereotypen nicht nur in der Praxis und in der Bildungsadministration, sondern gerade auch in der Forschung erfolge. Auch in der Forschung entstehe neben dem methodischen Problem des Differenz-Fokus so quasi eine selbsterfüllende Prophezeiung. Es mutet zudem paradox an, dass of-

fenbar gerade der Bildungsbereich – und zwar in Forschung und Praxis – bislang kaum über Wissen jenseits der Folie der Zweigeschlechtlichkeit verfügt.

Doch damit nicht genug, Kubandts Vortrag legte ein weiteres Paradoxon aus der frühkindlichen Bildung frei. Die populäre Forderung „Mehr Männer in Kitas“. Diese müsse aus zwei verschiedenen Perspektiven diskutiert werden, welche aber in der Regel vermischt würden. Kubandt plädiert dagegen für eine saubere Trennung zwischen pädagogischer und gleichstellungspolitischer Debatte.

Aus pädagogischer Perspektive mische sich diese Forderung nämlich ebenfalls mit einer Verfestigung bzw. Essentialisierungen von geschlechtlichen Rollenbildern. Es stelle zudem die Professionalität des Berufsfelds in Frage, wenn in Abhängigkeit vom Geschlecht der erziehenden Fachkraft bestimmte Potenziale für die frühkindliche Bildung erwartet würden.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht sei die strukturelle Ungleichverteilung von Arbeitsfeldern (und die Verteilung von Sorgearbeit) ein gesellschaftliches Gerechtigkeitsproblem, welches offensiv angegangen werden müsse.



v. l.: Prof. Dr. in Dr. Melanie Kubandt und Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald

© Sebastian Bracke

Ein Teil des Bildungsideals ist ausgerichtet auf die Freiheitspotenziale von Bildung; der Befreiung des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.

Insofern steht auch die Frage nach stärkerer Individualisierung an. Hier knüpfen die empirischen Befunde des Soziologen Kai-Olaf Maiwald an, der die geschlechtlichen Rollen in Eltern-Kind-Verhältnissen untersucht hat. Ein empirisch verbreitetes bildungsbürgerliches Muster sei, die Individualität zu betonen. Das klinge zunächst einmal gut. Die Präferenzen für Rosa und Blau würden dann individuell auf die Charaktereigenschaften von Töchtern bzw. Söhnen bezogen bzw. aus ihnen heraus erklärt, die nichts mit sozialen (Geschlechter-)Stereotypen zu tun hätten.

Hier sieht Maiwald eine „KruX“, denn dieses Erklärungsmuster verkläre oder verschleierte den Blick auf bestehende gesellschaftliche, strukturelle Differenzen. Dies zeige zudem, dass die symbolische Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit kaum hintergebar sei. Ihn interessiere, wann und wie diese relevant werde („latente Geschlechterdifferenzierung“). Oft würden sich unbewusste Annahmen auf Handeln auswirken. Nicht nur explizites Wissen fehlt also, sondern vor allem auch implizites Handlungswissen. So lässt sich auch Juliette Wedls energisches Plädoyer für Selbstreflexion verstehen.

Florian Cristóbal Klenk weitet die Perspektive auch auf die Rahmenbedingungen von Bildung aus. Er fordert eine kritische Perspektive auf den gesellschaftlichen Umgang mit Differenzen – hier den Differenzen von der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit in Anlehnung an Antke Engel. Es ließen sich drei Formen unterscheiden: assimilatorische (Beispiel die „Ehe für Alle“), toleranzpluralistische (angelehnt an den „Multikulti-Diskurs“ der 1990er) sowie projektive oder individualisierende

(dabei würden Normen pluralisiert, allerdings unter der Perspektive der Verwertbarkeit) Integration.

Klenk forderte daher, Bildungsprozesse kritisch daraufhin zu hinterfragen, wie sehr sie in Verwertungsprozesse integriert seien (Wettbewerb, Kompetenz). Hier wird nochmals in Erinnerung gerufen, wie eindimensional auf die Verwertbarkeit ausgerichtet Bildungsdebatten in Deutschland seit PISA gesellschaftlich laufen. Dafür erscheint auch oder vielleicht besonders ein selbstkritischer Blick auf das Bildungssystem stärker als bisher notwendig.

Nico Kerski brachte die öffentliche Debatte (*Kommentare aus dem Netz*) mit. Die sei dort immer dann besonders aufgeregt, wenn die Folie der Zweigeschlechtlichkeit durchbrochen werde. Man merkt, wie sehr man selbst in dieser Folie gefangen ist, wenn er berichtet, welche Aufregung die Einrichtung einer „All-Gender-Toilette“ in einer Göttinger Schule hervorgerufen hat. Denn: Die Voraussetzung für diese Aufregung ist ja zunächst mal, dass zuvor aus einer „Toilette“ entweder eine Jungentoiletten oder Mädchentoilette gemacht wurde.

Auch Kerski weist auf das geringe Wissen zu geschlechtlicher Vielfalt hin. Seine Praxiserfahrung: Es fehle nicht nur am impliziten Wissen, sondern auch am expliziten. Er empfiehlt dabei, die eigenen Energien und begrenzten Ressourcen vor allem dafür einzusetzen, eine positive und erklärende Darstellung zu verwenden, die auf eine breite gesellschaftliche Anerkennung ziele, statt auf die wenigen aggressiven Stimmen.

Stichwort Paradox: Die vom Verein „queerformat“ herausgegebene Broschüre „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“ hat es auch deshalb zu größerer Bekanntheit gebracht, weil AfD, CDU und Medien wie die BZ sie skandalisierten. Die Diffamierungskampagne war

heftig, aber trug vermutlich erheblich zur Wahrnehmung der Broschüre und ihrer Inhalte bei. Mehr als jede positive Werbekampagne etwa der Senatsverwaltung das je gekonnt hätte.

Klenk blickte auf eine Seite der kapitalistischen Logik. In der Veranstaltung wurde diese Logik am Beispiel von aggressivem Gendermarketing bereits bei der Eröffnung thematisiert, bei der die Sprecherin der Forschungsstelle Geschlechterforschung Christiane Kunst zwei Überraschungseier zeigte. Seit 2012 gibt es das rosa Ei für Mädchen. Selbst



v. l.: Florian Cristóbal Klenk und Nico Kerski im Gespräch

© Sebastian Bracke

das Überraschungsei hat also mittlerweile ein von außen eindeutig erkennbares Geschlecht.

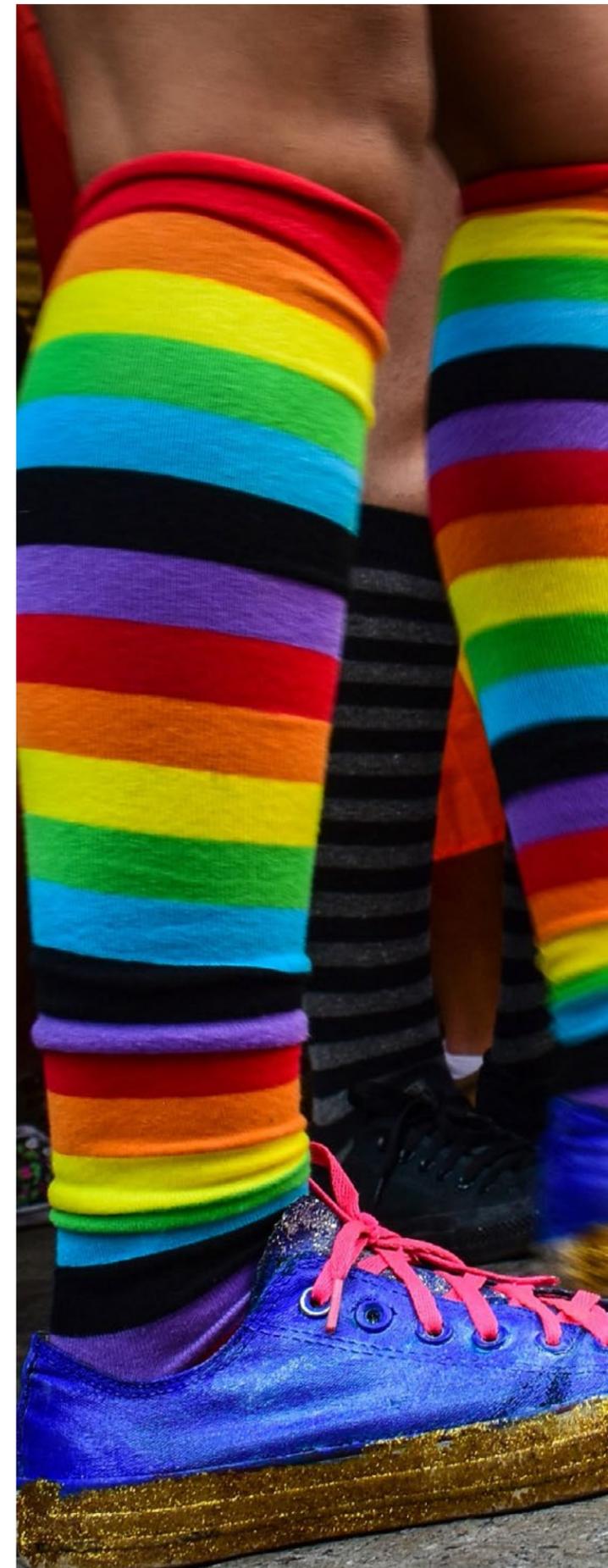
Brot Dosen sind schon lange nur schwer ohne geschlechtliche Verortung zu bekommen, Lesebücher zur Einschulung legen die Rollen von Jungen als mutigen Abenteurern (aktive Subjekte) und Mädchen als schönen und betrachtenswerten Prinzessinnen (passive Objekte) fest.

Und damit ist man gedanklich schnell wieder beim Schulklo in Göttingen und den Angriffen auf die Berliner Broschüre. Und ein bisschen auch bei des Kaisers neuen Kleidern. Denn es gibt die Möglichkeit für einen Perspektivwechsel und die Feststellung, es gibt ihn wirklich, den „Gender-Wahn“. Aber ganz anders, als in der ursprünglichen Wortschöpfung intendiert. Es ist paradox. Eigentlich ist es sogar absurd, denjenigen, die nicht schon vor oder spätestens nach der Geburt Kindern geschlechtliche Rollen zuweisen wollen, Genderwahn und Ideologie (oder wahlweise Frühsexualisierung) vorzuwerfen. Denn bei genauem Hinsehen ist es ja umgekehrt: Diejenigen, die Menschen oder Keramiken nicht schnell genug in eine von zwei möglichen geschlechtlichen Kategorien stecken können, sind die mit der Ideologie.

Wie sehr dieser „Gender-Wahn“ in uns (oder zumindest auch in mir) verankert ist, merke ich, wenn im Bekanntenkreis Kinder erwartet werden und ich mich selbst dabei beobachte, dass ich (mich) frage, was es denn wird – Junge oder Mädchen?

Sebastian Bracke
Projektmitarbeiter der Debattenreihe

© iStock.com/Luciano_Marques



25.01.2019 | DEBATTE #2

FEMINISTISCHE SOLIDARITÄTEN IM KONTEXT VON FLUCHT UND MIGRATION



© iStock.com/hanabeni

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Flucht, Migration und Asyl ist geprägt von dem Ringen um Anerkennung und Gleichstellung.

Eine zentrale Frage der zweiten Debatte war, wie sich Gleichstellungsarbeit und Geschlechterdemokratie unter den Bedingungen von (globaler) Flucht und Migration theoretisch und empirisch fassen lassen. Auch Selbstorganisation spielte dabei eine wichtige Rolle und es wurde der Blick auf feministische Solidaritäten und Geschlechterdemokratie unter den Bedingungen von (globaler) Fluchtmigration gerichtet.

Eröffnet wurde die Debatte durch die Keynote der Juristin Prof.in Dr.in Zeynep Kivilcim (Humboldt-Universität zu Berlin). Sie kritisierte aus ihrer Perspektive als Juristin und Expertin für Menschenrechte die dominierenden Diskurse und Bilder insbesondere migrantischer Frauen.

Sie forderte mehr Solidarität, insbesondere politische Solidarität, und den Einbezug postkolonialer Perspektiven.

Im Anschluss diskutierten Prof.in Dr.in Zeynep Kivilcim sowie Dr.in Delal Atmaca (Dachverband der Migrantinnenorganisationen, DaMigra e.V.) und Dr.in Kathrin Klausning (Universität Osnabrück) unter der Moderation von Prof.in Dr.in Helen Schwenken (Universität Osnabrück) mit dem Publikum insbesondere darüber, wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse gemeinsam aufgedeckt und sichtbar gemacht werden könnten, auch wenn migrantisierte Frauen sehr unterschiedliche Kämpfe gegen sehr unterschiedliche Formen der Ausgrenzung führen müssen.

Die Debatte #2 fand in Kooperation mit den am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) durchgeführten Forschungsprojekten „Gender – Flucht – Aufnahmepolitiken“ (gefördert durch das MWK) und „Willkommenskultur und Demokratie“ (gefördert durch das BMBF) statt.



Prof.in Dr.in Helen Schwenken, Sprecherin der Forschungsstelle Geschlechterforschung, moderierte die Debatte.

© Sebastian Bracke

„Solidarity must be mutual. German women need the support and experience of migrant women in Germany.” Zeynep Kivilcim



v. l.: Prof.in Dr.in Zeynep Kivilcim, Dr.in Kathrin Klausning, Dr.in Delal Atmaca und Prof.in Dr.in Helen Schwenken
© Sebastian Bracke

„Es gibt bestimmte festsitzende Bilder über den Islam und Muslime und ihren Umgang mit Frauen im Islam, die unseren Blick verstellen auf berechnete Anliegen, die muslimische Frauen in dieser Gesellschaft haben. Das sollten wir als Feminist*innen, als Frauen vermeiden.“

Dr.in Kathrin Klausning

„Ich fand diesen Vortrag sehr interessant. Vor allem auch die Verbindung zur Intersektionalität und Feminismus, die ja eher neu auch sind in den letzten Jahrzehnten. Besonders spannend würde ich es noch finden, für die nächsten Vorträge auch Aktivismus und Männlichkeit mithineinzunehmen, wie Geschlechterrollen auch mit Männern zusammenhängen und nicht nur mit Frauen im Feminismus.“

Teilnehmer*in aus dem Publikum

„Immer wieder missbrauchen selbsternannte Verteidiger*innen von Frauenrechten aus dem rechten Milieu sowie aus der konservativen Mitte der Gesellschaft den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen für rassistische Meinungsmache und instrumentalisieren ihn für politische Zwecke.“

Dr.in Delal Atmaca

SOLIDARITÄT GEWINNT!

Warum der Feminismus Intersektionalität und Machtkritik und keinen Paternalismus braucht

Zeynep Kivilcim forderte gleich zu Beginn ihres Impulses eines: mehr Solidarität. Insbesondere mehr politische Solidarität und den Einbezug postkolonialer Perspektiven.

Gleichzeitig brauche es ein breiteres Verständnis für Fragen von Geschlecht, Gleichberechtigung und Feminismus in unserer Gesellschaft, auch weil diese immer wieder in Debatten zu anderen Themen aufgerufen würden – dann aber meist bestenfalls verkürzt.

Dies hat die zweite Veranstaltung der Debattenreihe nachdrücklich am Beispiel der Themen Migration und Flucht deutlich gemacht. So werde die Kategorisierung Geschlecht beim Thema Migration auf bestimmte Weise verhandelt und genutzt, wodurch Frauen benachteiligt würden.

Die Gegenüberstellung der Bilder „Migrantin“ und „westliche Frau“ werde durch die Bezugnahme auf die Ungleichheitskategorien „Geschlecht“ sowie „Migration“ produziert.

Zeynep Kivilcim wies in ihrem Impulsvortrag auf die bestehenden Defizite in der Gleichberechtigung in Deutschland hin. Sie verband dies mit einem zweiten Hinweis. Einer persönlichen Beobachtung, die ihr als Wissenschaftlerin aufgefallen sei. Ihr würde häufig das Recht abgesprochen, auf diese Defizite hinzuweisen – mit dem Verweis auf tatsächliche oder wahrgenommene Defizite in der Türkei.

Als Expertin für Gleichstellungsfragen in Deutschland sei sie laut Medien nicht vermittelbar („Das Publikum möchte so etwas nicht“). Dies mache deutlich, Medien



Prof.in Dr.in Zeynep Kivilcim trug auf Englisch vor, die Diskussion fand auf Deutsch mit Flüsterübersetzung statt.
© Sebastian Bracke



Die Sprecherin der Forschungsstelle Prof.in Dr.in Christiane Kunst, im Hintergrund Florian Rzepkowski, der die Debatten aufzeichnete.
© Sebastian Bracke

besetzten bestimmte Rollen und bestimmte Bilder, wie in Talkshows. Migrantisierte Frauen dürften sich dann immer nur zu bestimmten Themen äußern. Der Stand der Gleichberechtigung in Deutschland gehöre nicht dazu. Dies sei Problem und Indikator für ein Problem zugleich und verfestigte es zunehmend. Eine Beobachtung, die Kathrin Klausing an Islambildern historisch dimensionierte und so Kontinuitäten in der Öffentlichkeit aufdeckte.

Auf konkrete rechtliche Ungerechtigkeit wies Delal Atmaca mit Blick auf die Asylpolitik in der Bundesrepublik hin. Die Istanbul-Konvention gelte in Deutschland immer noch nicht für alle Frauen: Gewaltbetroffene, deren Aufenthaltsstatus vom Partner abhängt, erhielten keinen eigenständigen Aufenthaltstitel. Dies zwingt die Frauen in der Beziehung zu bleiben und gebe den Männern Macht. In den sogenannten „Ankerzentren“ würden Frauen, die wiederholt vor Gewalt flüchten, eine Ordnungswidrigkeit oder Straftat begehen, die ihr Asylverfahren gefährde.

Am Beispiel der Juristin Zeynep Kivilcim wurde etwas deutlich, was sich als „Kolonialität der Macht“ („Coloniality of power“) bezeichnen lässt. Prozesse und Strukturen, die auf kolonialen Verhältnissen basieren und die bestimmte (globale) Machtansprüche und (innergesellschaftliche) Herrschaftsverhältnisse perpetuieren – und die je nach Rollenzuschreibung unterschwellig oder jederzeit wahrnehmbar als Ausschlussmechanismen wirkten und dabei viele Aspekte des Lebens beeinflussten. Rassismus gehört immer noch alltäglich zur „westlichen Welt“.

Auf dem Podium wurde die Kritik an männlicher und weißer Definitionsmacht geteilt. Diese zeige sich unter anderem in der Beteiligung in Parlamenten, nur 30 Prozent seien Frauen und nur 5 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte. Dies sei ein klares Demokratiedefizit. Allerdings wurde das De-

fizit weißer Definitionsmacht auch für große Teile des Feminismus konstatiert. Zunächst wurde deutlich gemacht, dass es nicht *die* Frauenbewegung in Deutschland gibt, sondern sehr viele Strömungen und Feminismen.

Deshalb sei es problematisch, wenn Frauen in der Auseinandersetzung mit Macht und Privilegien untereinander genau so argumentierten wie gegenüber Männern. Feminismus müsse die Machtfrage stellen, das bedeute, er dürfe niemals blind gegenüber Formen der Entmachtung sein – unabhängig von wo sie kämen. Stärke ließe sich nur gewinnen, indem Macht geteilt und miteinander Solidarität geübt werde.

Atmaca machte deutlich: Feministische Solidarität verlange daher den Einbezug von Migrant*innen als Expert*innen für jedwede Themen, wie dies etwa vom Netzwerk „neue deutsche Organisationen“ vorangetrieben werde. Gleichzeitig müssten individuelle Benachteiligungen politisiert werden („personal is political“), um sie aufzuheben und so einen Beitrag zu einer inklusiven und nicht-ausgrenzenden geschlechtergerechten Zukunft zu leisten.

Sebastian Bracke
Projektmitarbeiter der Debattenreihe

15.05.2019 | DEBATTE #3 GLEICHSTELLUNG VS. DIVERSITY? PERSPEKTIVEN FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT



© iStock.com/frimages

In den letzten Jahren etablierte sich auch in der Gleichstellungspolitik ein komplexer Gleichstellungsbegriff, der Mehrfachdiskriminierungen berücksichtigt.

In der dritten Debatte wurde diskutiert, wie es institutioneller Gleichstellungspraxis und Diversityarbeit gelingen kann, auf die Herausforderung einer heterogenen Gesellschaft zu reagieren und einem komplexen Gleichstellungsverständnis gerecht zu werden, ohne dabei die Interessen einzelner Gruppen aus dem Blick zu verlieren.

Diese Fragen diskutierten auf dem Podium und mit dem Publikum Né Fink (Projekt Unterstützung von trans* Studierenden, Stabsstelle Chancengleichheit

und Diversität, Universität Göttingen), Dr.in Sabine Jösting (Gleichstellungsbeauftragte der Universität Osnabrück) und Lucienne Wagner (Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership). Moderiert wurde die Debatte von Dr.in Johanna Neuhauser (Universität Osnabrück).

Die Begrüßung übernahm Annkatrin Kalas (Gleichstellungsbüro der Universität Osnabrück). Eröffnet wurde die Debatte mit einem Impulsvortrag von Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill (Universität Kassel), die im Anschluss ebenfalls mitdiskutierte.



v. l.: Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill und Lucienne Wagner während der Debatte
© Sebastian Bracke

v. l.: Né Fink, Dr.in Sabine Jösting, Dr.in Johanna Neuhauser, Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill und Lucienne Wagner

© Sebastian Bracke



„Also für mich steht und fällt die Verwirklichung von mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft mit der Überwindung struktureller Ungleichheiten. Und das erfordert die Austragung von Interessenkonflikten. Also da müssen wir uns streiten. Und es geht um ganz handfeste Dinge: Ressourcen, Stellen, Geld, Anerkennung und Prestige. Und damit verbunden ist auch eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Das geht weit über das Wissenschaftssystem hinaus.“

Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill

„Für mich geht es nicht darum zu sagen, Diversity versus Gleichstellung, sondern Gleichstellung und Diversity – und das muss man austaxieren.“

Dr.in Sabine Jösting

„Ich fand die Schnittstelle zwischen Geschlechterforschung und der Gleichstellungspolitik auf der anderen Seite super spannend. Dabei ist deutlich geworden, wo die Defizite liegen und wo man nochmal ansetzen sollte.“

Teilnehmer*in aus dem Publikum

„Hochschulen stehen vor der Herausforderung, die gesellschaftliche Vielfalt im Bereich der Einwanderungsgesellschaft besser widerzuspiegeln, hierfür können wir viel von der Geschlechtergerechtigkeit lernen. Strukturelle Ausschlüsse durch rassistische Diskriminierung müssen endlich strategisch angegangen werden. Dafür braucht es eine Priorität für das Thema, Daten und die finanziellen Mittel, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.“

Lucienne Wagner

„Ich fand es sehr, sehr anregend, heute mit der Veranstaltung in die eigene Institution Uni zu schauen und zu schauen, wie für Gerechtigkeit gekämpft, gestritten und gearbeitet werden kann, und anregend auf Diskriminierungen zu schauen, die bislang noch nicht so zur Sprache gekommen sind bzw. zu wenig sichtbar sind.“

Teilnehmer*in aus dem Publikum

EIN LOB DER BÜROKRATIE

Oder warum Gleichstellung bedeuten kann, ein Formular ausfüllen zu müssen

Mit der Gegenüberstellung von Gleichstellung und Diversity im Titel hatten die Organisator*innen die Fragestellung auf mögliche Konflikte hin zugespitzt. Die Diskutant*innen negierten diese zwar nicht grundsätzlich, waren aber bemüht, sie nicht ins Zentrum der Debatte zu rücken.

Dort stand der Dialog beider Ansätze; konkretisiert mit Blick auf das Feld der Universität als Ort von Wissenschaft und Praxis. Gerade dies erwies sich als gewinnbringend.

In ihrem Vortrag blickte die Kasseler Soziologin Mechthild Bereswill auf Gleichstellungsarbeit, Ungleichheiten, soziale Differenzierungen und Heterogenität. Zunächst weitete sie aus der Perspektive der Geschlechterforscherin mit ihrer Ausgangsthese den Blick.

Bereswill verwies also darauf, dass Ungleichheit in den Geschlechterverhältnissen die moderne Gesellschaft grundlegend strukturiere.

Gleichstellungsarbeit erfordere zunächst die Aufdeckung dieser Ungleichheiten. Hier ist also die Geschlechterforschung gefragt. Nur wer Ungleichheiten offenlegt, kann sie auch thematisieren und verändern.

Bereswill betonte die Erkenntnispotenziale intersektionaler Ansätze. Ihr Vorteil sei, Differenzkategorien nicht als separat und hermetisch getrennt, sondern als verbunden und sich gegenseitig beeinflussend zu verstehen. Damit werde die Kategorie

Geschlecht mit anderen Kategorien von Ungleichheit und Differenz verknüpft.

Deutlich wurde, dass es stets um gesellschaftliche Macht und Machtverteilung geht. Eine Neuverteilung bedeute stets auch den Verlust von für selbstverständlich gehaltenen Privilegien. Dass Privilegierung auf mehr als dem Faktor Geschlecht beruhe, habe sich als Erkenntnis verbreitet (#alter, weißer, heterosexueller Mann).

Dennoch warb Bereswill dafür, die „sehr scharfe Brille“ Geschlecht als Masterkategorie aufgrund ihres analytischen Potenzials nicht gänzlich aufzugeben.

In der Frage nach dem Status als Masterkategorie liegt vermutlich die größte Sprengkraft, die die Debatte aber nicht dominierte.

Denn es stellt sich die Frage, ob nicht durch die Kategorie „Geschlecht“ selbst die Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit reproduziert wird. Vor allem an der binären Logik der Kategorie entzündet sich durchaus berechtigte Kritik. Bereswill wies darauf hin, dass dies der Preis sei, der stets für Kategorien zu zahlen wäre. Ohne Kategorien zu bilden, werde Empirie schwer – und damit die Offenlegung von Ungleichheiten erschwert. Diese seien aber wiederum Ausgangspunkt guter Antidiskriminierungsarbeit. Dass es durchaus vertrackt ist, kann als eine Erkenntnis der Veranstaltung verbucht werden.

Ebenfalls deutlich wurde, dass das Wissen der Geschlechterforschung zwar eine wichtige Voraussetzung für Gleichstellungsarbeit ist, aber nicht eins zu eins für sie aufgegriffen werden kann. So seien die Befunde aus einer wissenschaftlichen Spezialperspektive nicht unmittelbar in Politik zu übersetzen.

Übrigens übersetzt sich Politik ja auch mitnichten immer unmittelbar in Realität. Gleichstellungsarbeit, so versteht der*die Zuhörer*in, ist ausdauernde Verwaltungsarbeit und Bürokratie sei dafür durchaus notwendig. Diese Perspektive ist schon deshalb anregend und bereichernd, weil es lange her sein muss, dass jemand öffentlich so explizit über positive Seiten von Bürokratie gesprochen hat.

Mit ihrem Impuls rückte Bereswill auch das Feld der Wissenschaft selbst als vergeschlechtlichten Ort ins Blickfeld. Sie sprach über die ambivalente Rolle der Universität: in Wissenschaft und Praxis.

Ihre Kraft entfaltete die Debatte dementsprechend vor allem da, wo es um das eigene Praxisfeld „Universität“ ging. Mit dem Impuls war das Feld der Wissenschaft als vergeschlechtlichter Ort bereits selbst ins Blickfeld gerückt worden. Bereswill verwies für die feldspezifischen Aspekte des Wissenschaftssystems auf Uta Kleins These, die Hochschulpraxis wirke sozial selektiv und diskriminierend und Elitenproduktion und Selektivität sei das Fundament der deutschen Universitäten.

Bereswill legte den Finger gleich doppelt in die Wunde: Die Universität reproduziere Ungleichheiten und sie liefere zudem Legitimationen für bestehende Verhältnisse diskriminierender Hierarchisierungen.

Es klingt paradox, dass dort wo Wissen über Diskriminierung und Ungleichheiten produziert wird, die Rahmenbedingungen (Legitimationen) für Diskriminierungen und Ungleichheiten ebenfalls selbst geschaffen werden. Befördert werde dies durch das Postulat des meritokratischen Prinzips. Man könnte sagen, dessen Gültigkeit lasse sich in der Praxis vor allem durch das Verhindern von Chancengleichheit beweisen.



Annkatrin Kalas begrüßte die Teilnehmer*innen.
© Sebastian Bracke

Diskriminierungen kämen im Allgemeinen und an Universitäten im Speziellen als sachlich begründet daher – zumindest auf den ersten Blick. Die Sensibilität, die am Beispiel des Ausschlusses von Frauen erworben wurde, könne und müsse jetzt auch für andere marginalisierte und diskriminierte Gruppen verfügbar gemacht werden.

Deutlich wird auch, dass es *die* Universität oder *die* Hochschule nicht gibt – weder unter Gleichstellungs- noch Diversityperspektive.

Womit wir beim „Einzelfall“ wären, der jedoch stets seine Tücken hat bzw. von den Diskutant*innen durchaus ambivalent betrachtet wird. In der Praxis erwiesen sich Einzelfalllösungen zwar vielfach als einfacher durchzusetzen als strukturelle Lösungen, aber zugleich verstellten sie den Blick auf strukturelle Diskriminierungen.

Andererseits seien die Vorstellungen und Konstruktionen von Wertneutralität in bestimmten Wissenskulturen zwar verbreiteter als in anderen. Aber die Abwehrhaltung von Fächern, eigene diskriminierende Strukturen zu thematisieren, erweise sich als sehr divers. Dies erfordere in der Praxis vielfältige und passgenaue Strategien.

In der Debatte wurden aber auch die ganz praktischen Schwierigkeiten von Thematisierungen im Alltag deutlich, die in strategischen Überlegungen zur richtigen „Dosis“ von Gleichberechtigungsanläufen mündeten („Weniger ist mehr“), die sich allerdings unterschieden. Eine geteilte Erfahrung war, je stärker mit Diversität argumentiert werde, desto geringer sei die Bereitschaft zu Veränderungen.

So komme es in der Praxis vor, dass etwa Hochschul-lehrer äußerten, dass „diese Mann-Frau-Gleichstellung doch schon reiche, jetzt auch noch dieser Diversitykram, da komm ich nicht mehr mit.“

Die Überforderung führe zu Blockaden. Professor*innen, denen man ihre Privilegien vorhalte, machten häufig dicht. Stattdessen empfehle es sich, konstruktiv über die Möglichkeiten des Einsatzes der Privilegien für eine gute Sache zu sprechen.

Umgekehrt argumentierte Lucienne Wagner, die den Begriff auch als Türöffner erlebt hat. Mit Diversity sei eine Gesprächseröffnung oft leichter, dass solle mensch sich zunutze machen.

Der Satz „Ich möchte mich mit Ihnen über Diversitypotenziale unterhalten“ würde in der Regel auf offenere Ohren stoßen, als der Vorschlag, sich über strukturellen Rassismus in einer Institution unterhalten zu wollen. Diversity quasi als trojanisches Pferd.

Umgekehrt wurde der positive Klang des Begriffs als Schleier für persistente Machtverhältnisse kritisiert. Wagner forderte, keine Angst vor Veränderungen von Begriffen zu haben und plädierte für Rückgewinnung (Reclaming) über Deutungsarbeit. Né Fink zog das Bild vom Stein im Wasser und der weiterziehenden Kreise heran, um die Wirksamkeit dieser Arbeit zu verdeutlichen.

Es hat bei Licht betrachtet zunächst absurde Züge, wenn Unterprivilegierte überlegen, wie sie den Privilegierten möglichst sensibel gegenübertreten, damit die sich nicht schlecht fühlen. Strategisch ist diese Form des „nicht-komplementären Verhaltens“ zumindest in manchen Fällen vermutlich erfolgversprechend.

Überhaupt Privilegien: Diese sichtbar zu machen (z.B. *critical whiteness*), besonders die *eigenen* Privilegien zu reflektieren und zu thematisieren. Überhaupt: Dinge zur Sprache bringen sei an Universitäten insgesamt notwendig, sei es mit Blick auf Leistungsdruck und die Chance, diesen offen zu

thematisieren und kritisch zu hinterfragen. Oder die Beiträge z. B. von Promovierenden in Anträgen und Forschungsarbeiten tatsächlich sichtbar zu machen.

Die Debatte legte offen, wie in der *eigenen* Institution für Gerechtigkeit gekämpft, gestritten und gearbeitet wird, und unterstrich die Notwendigkeit, auch auf Diskriminierungen zu schauen, die bislang noch kaum zur Sprache kommen bzw. (zu) wenig sichtbar sind.

Gleichstellung und Diversity profitieren schon deshalb vom Dialog in Wissenschaft und Praxis. Trotz verschiedener Zugriffe war die Debatte insgesamt ein Plädoyer dafür, die (Ressourcen-)Kämpfe nicht unter- bzw. gegeneinander zu führen, sondern die jeweiligen analytischen Potenziale für die Forschung zu nutzen.

Denn in der durchaus spannungsreichen Gegenüberstellung der Ansätze liegt ein entscheidender analytischer Ertrag. Für die Praxis brachte Sabine

Jösting, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Osnabrück, ihre Sicht der Dinge auf den Punkt. Zwischen Gleichstellung und Diversity gehöre kein „versus“, sondern ein „und“. In der Praxis der Umsetzung brauche es Verbündete. Klar ist: Von allein ändert sich nichts.

Am Ende bleibt auch vor dem Hintergrund des Reihenthemas der Debatte die Frage, nach welchen Kriterien und Maßstäben eine Gesellschaft und ihre Institutionen auswählen sollen. Was ist dabei gerecht?

Der normative Anspruch, dass in einer demokratischen Gesellschaft an solchen Aushandlungsprozessen alle beteiligt sind, muss aber selbst erst noch eingelöst werden.

Sebastian Bracke
Projektmitarbeiter der Debattenreihe



27.09.2019 |
ABSCHLUSSKONFERENZ
Lasst uns reden! Über Geschlecht,
Zukunft und Sprache

Die öffentliche Tagung: „Lasst uns reden! Über Geschlecht, Zukunft und Sprache“ bildete den Abschluss der Veranstaltungsreihe. Schon im Rahmen der Auftaktveranstaltung war das Thema Sprache und Sprechen zu einem zentralen Gegenstand der Diskussion geworden.

Dies zog sich wie ein roter Faden durch die Debatten, sodass die Abschlusskonferenz unterschiedlichste Perspektiven auf Zusammenhänge von Sprache und Geschlecht bündelte: Sprache schafft soziale Wirklichkeit. Sie wirkt über Begriffe, Konzepte und Diskurse. Sprache ist vielfältig.

Sie begegnet uns in vielfältiger Form. Sprache (re-)produziert Machtstrukturen. Sprache lebt – von geteilten Bedeutungen und Bildern, aber auch von Irritationen und Verschiebungen. Das kann Ausgangspunkt und Ausdruck von produktiver Veränderung und Wandel sein.

Daher haben wir auf der Abschlusstagung gefragt: Wie kann Sprache zu einer geschlechtergerechteren Zukunft beitragen? Wie können gesellschaftliche Diskurse über Geschlechtergerechtigkeit gestaltet werden? Wie lässt sich eine gemeinsame Sprache finden?

Gemeinsam wurden Perspektiven und Strategien entwickelt, mit denen den aufgedeckten Problemfeldern und Herausforderungen begegnet werden kann und die so zu einer Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit beitragen können.



Prof.in Dr.in Andrea Maihofer während der Diskussion mit dem Publikum

© Angela von Brill

PROF.IN DR.IN
ANDREA MAIHOFER
UNIVERSITÄT BASEL

Wie darüber reden?
Nicht-hierarchisierende Anerkennung von Differenz(en) –
Geschlechtergerechtigkeit und darüber hinaus



Prof.in Dr.in Ulrike Lembke während ihres Vortrags

© Angela von Brill

PROF.IN DR.IN
ULRIKE LEMBKE
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Hass spricht. Recht antwortet? Zu Sprache als Waffe
und Recht gegen Geschlechtsdiskriminierung



Prof.in Dr.in Gabriele Diewald (rechts) bei der Abschlusskonferenz mit Judith Conrads und Aylin Karabulut (v. l.)

© Angela von Brill

PROF.IN DR.IN
GABRIELE DIEWALD
LEIBNIZ UNIVERSITÄT HANNOVER

Geschlechtergerechte Sprache – geschlechtergerechter
Sprachgebrauch: ein linguistischer Blick auf Möglichkeiten
und Hindernisse



Lajla Fetic (l.) und Judith Conrads während der Abschlussdiskussion

© Sebastian Bracke

LAJLA FETIC

ETHIK DER ALGORITHMEN,
BERTELSMANN STIFTUNG

Damit Maschinen den Menschen dienen.
Wie Algorithmen unser Leben bestimmen und
wir sie in den Dienst der Gesellschaft stellen können.



Aylin Karabulut (Mitte) im Gespräch mit Prof.in Dr.in Helen Schwenken und Dr.in Sabine Jösting (v. l.) sowie Prof.in Dr.in Christiane Kunst und Prof.in Dr.in Susanne Menzel (von hinten)

© Angela von Brill

AYLIN KARABULUT

AG MIGRATIONS- UND UNGLEICHHEITSFORSCHUNG
UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN

Ain't I a woman? – Intersektionalität als
Notwendigkeit von Geschlechtergerechtigkeit



Judith Conrads im Gespräch mit Teilnehmenden der Abschlusskonferenz

© Angela von Brill

JUDITH CONRADS

FORSCHUNGSTELLE GESCHLECHTERFORSCHUNG
UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

Abschlussdiskussion
Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit: Thematisierung von
Differenzen in der Sprache. Wie kann ein Transfer von
wissenschaftlichen Ergebnissen in Praxis gelingen?

SPRACHE IST MACHT

Machen wir was daraus!

Eine persönliche Perspektive auf die Abschlusskonferenz

Am 27.09.2019 schloss die Debattenreihe mit der Konferenz „Lasst uns reden!“ ab, die im Bohnenkamphaus im Botanischen Garten der Universität Osnabrück stattfand. Dorthin waren über 80 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft und Stadtgesellschaft gekommen, um über die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit zu sprechen. Mit „Sprache“ rückten die Organisator*innen einen der roten Fäden der Reihe ins Zentrum der Abschlusskonferenz.

Die Forschungsstelle Geschlechterforschung der Universität Osnabrück hatte dazu Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen eingeladen und um Impulse gebeten: die Soziologin Prof.in Dr.in Andrea Maihofer von der Universität Basel, die Rechtswissenschaftlerin Prof.in Dr.in Ulrike Lembke (Humboldt-Universität zu Berlin), die Linguistin der Leibniz Universität Hannover Prof.in Dr.in Gabriele Diewald, Lajla Fetic, Mitarbeiterin im Projekt „Ethik der Algorithmen“ (Bertelsmann

Die Referentinnen der Abschlusskonferenz v. l.:

Aylin Karabulut, Lajla Fetic, Prof.in Dr.in Ulrike Lembke, Prof.in Dr.in Andrea Maihofer und Prof.in Dr.in Gabriele Diewald

© Angela von Brill



Stiftung) sowie die Bildungswissenschaftlerin Aylin Karabulut (Universität Duisburg-Essen).

Ministerialrätin Dr.in Barbara Hartung, die das Wissenschaftsministerium vertrat, und Prof.in Dr.in Susanne Menzel, für die Hochschulleitung, begrüßten die Anwesenden. Susanne Menzel betonte die Rolle der Universität als Ort des wissenschaftlichen Diskurses, in der Forschungsergebnisse nicht nur generiert, sondern auch kritisch diskutiert werden. Die zum damaligen Zeitpunkt amtierende Vizepräsidentin für Forschung und Nachwuchsförderung stand wenige Tage vor der Übernahme der Amtsgeschäfte als erste Präsidentin der Universität Osnabrück – eine Neuerung, die weit mehr als nur die zuvor stets von Vorgänger zu Nachfolger weitergegebene E-Mailadresse praesident@uni-osnabrueck.de betrifft.

Schon dieses kleine Beispiel zeigt: Sprache bildet Machtstrukturen ab, aber kann Sprache auch einen Beitrag leisten, Machtstrukturen zu verändern? Die Machtfrage wurde auf der Konferenz immer wieder in unterschiedlichen Kontexten gestellt. Sie hatte sich bereits wie ein oder eher mehrere rote Fäden durch die Debatten gezogen, worauf Helen Schwenken, eine der beiden Sprecherinnen der Forschungsstelle Geschlechterforschung, in ihrer Einführung hinwies. Ziel der Abschlusskonferenz war es, diese Fäden aufzunehmen und so die Perspektiven auf Sprache und Geschlecht zu bündeln und zu diskutieren, wie diese Dimensionen mit Blick auf eine geschlechtergerechte Zukunft zusammengedacht werden können. Schwenken zitierte den Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch: „Gerechte Sprache allein schafft noch keine gerechte Welt. Aber indem wir sie verwenden, zeigen wir, dass wir eine gerechte Welt überhaupt wollen.“

Die Impulse, die sich dem Thema jeweils aus der Perspektive und mit der Expertise der jeweiligen Disziplin näherten, erwiesen sich als anschlussfähig. Die Relevanz von Sprache als formbildend für unsere gesellschaftlichen Vorstellungen wurde aus soziologischer, juristischer, linguistischer, informations- und bildungswissenschaftlicher Sicht geteilt: Sprache ist ein zentraler Schlüssel für die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit. Sprache ist aber auch ein Instrument von Machtausübung und Diskriminierung: Das machte Andrea Maihofer gleich zu Beginn der Tagung deutlich: „Sexistische Sprache ist Sexismus; rassistische Sprache ist Rassismus“, stellte sie fest. Sprache sei ein soziales Phänomen, das Gleiche gelte für gesellschaftlich hierarchisierende Geschlechterdifferenzen. Diese seien keineswegs natürlich bedingt, sondern soziale Phänomene. Maihofer erhellte mit einem Blick in die Vergangenheit, welchem Wandel die Vorstellungen von hierarchisierenden Geschlechterdifferenzen unterlegen seien – die Annahme, Frauen seien nicht zu rationalem Denken fähig, sei überwunden. Die Vorstellungen von Recht und Unrecht habe sich verändert (z. B. die Einstufung der Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand). Sprache könne Unrecht sein. Geschlechtergerechte Sprache sei ein umstrittener Gegenstand, weil sie die Wahrnehmung verändere, die Machtfrage stelle und an den Kern der Verhältnisse gehe. Und gegen die Umverteilung von Macht und Ressourcen gebe es (nachvollziehbarerweise) Widerstände. Die Gegenargumente seien dabei nicht zwingend überzeugend: etwa, dass die Umstellung von Formularen zu viel Geld koste.

Solche Debatten würden oft mit Argumenten geführt, die einem im Rückblick bestenfalls originell vorkommen. Maihofer zeigte dies an rechtlichen Debatten über das Wahlrecht für Frauen in der Schweiz.

Hier sei Frauen lange das Stimmrecht verweigert worden, ohne darin ein Unrecht zu erkennen. Die Argumentation: Rechtlich müsse nur Gleiches gleich behandelt werden. Frauen seien aber grundsätzlich verschieden von Männern. Das gipfelte schließlich in der These: Da die Frauen den Männern immer ähnlicher würden, käme allmählich möglicherweise auch das Wahlrecht für sie in Betracht. Der Rest ist Geschichte. Maihofer demonstrierte, dass es zahlreiche (Unrechts-)Handlungen gebe, bei denen die Verhandlung darüber, ob es sich um Unrecht handle, noch laufe – sie verwies u. a. auf den Kolonialismus und dessen „Aufarbeitung“.

Maihofer betonte die Relevanz der Deutungsmacht, aber auch die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Aufklärung seien auch Annahmen über „natürliche Differenzen“ wie die Rassentheorie entstanden oder die Orientalisierung des „Orients“, die europäische Debatten bis heute prägten. Hinzu komme eine gesellschaftliche und ökonomische Ursache, die Geschlechtergerechtigkeit behindere: Ausbeutungsverhältnisse seien konstitutiv für unsere Gesellschaft.

Aufmerksam verfolgte das Publikum auch Ulrike Lembkes Vortrag „Hass spricht. Recht antwortet? Zu Sprache als Waffe und Recht gegen Geschlechtsdiskriminierung“. Das wenige Tage alte, auch juristisch unerklärliche Urteil zu den Beleidigungen gegenüber der Politikerin Renate Künast sorgte für (unerfreuliche) Aktualität. Lembke legte dar, warum es zwar (sprachliche) Änderungen in Rechtstexten (Gesetzen) brauche, aber vor allem auch Änderungen in deren Anwendung. Fazit: Eine juristische Leseschwäche kann demokratiegefährdend sein. Sprache sei eine Waffe, das Recht müsse darauf eine Antwort finden, um die Demokratie zu schützen.

Lembke setzte sich präzise mit den bisherigen Grenzen der juristischen Antwort auf Hassrede auseinander.

Das Problem, warum Recht sich so schwer tue mit Hassrede, liege zunächst grundsätzlich im Framing (und damit im Bereich der Sprache). Zum einen werde digitale Gewalt immer noch verharmlost und ihre strafrechtliche Relevanz nicht erkannt: „nur Worte“. Wie skurril diese Verharmlosung aus dem Munde von Jurist*innen wirkt, wird deutlich, wenn man über das, woraus „Recht“ und „Juristerei“ eigentlich besteht, ein bisschen nachdenkt: „nur Worte“. Auch werde Hassrede als Ergebnis der Anonymität im Internet betrachtet, gegen die das Recht machtlos sei.

Ein großes Problem der Diskursverschiebung verdeutlicht Lembke am juristischen Framing. Hassrede werde in der Regel im Grenzbereich zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht verhandelt. Lembke sieht in Hassrede zwar ebenfalls ein Problem der Meinungsfreiheit, aber eben nicht auf der Täter*innen-, sondern auf der Opferseite. Sie betonte, dass es auf den Effekt bei den Betroffenen ankomme, nicht auf die Absicht der Täter*innen. Hassrede könne zu starken gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen führen. Betroffene zögen sich häufig für längere Zeit aus digitaler Öffentlichkeit zurück. Hassrede schränke die freie Rede der auf diese Weise Marginalisierten ein. Damit seien dann Grundfragen von Meinungsfreiheit und Demokratie berührt. Effekte von Hassrede seien so eine Bedrohung für eine demokratische, offene Gesellschaft. Digitale Gewalt sei nicht Ausdruck von Meinungsfreiheit, sondern ein Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Demokratie und Rechtsstaat basierten auf dem Mehrheitsprinzip und dem Minderheitenschutz gleichermaßen. Das müsse auch im Netz gelten. Die Strafverfolgung werde der Dimension des Problems noch nicht gerecht. Lembke benannte weitere Gründe für die geringe Rechtsdurchsetzung

Ministerialrätin Dr.in Barbara Hartung bei ihrem Grußwort; Prof.in Dr.in Helen Schwenken eröffnet die Tagung; Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald und Prof.in Dr.in Andrea Maihofer; Konferenzteilnehmende im Gespräch während der Pause; Dr.in Johanna Neuhauser in der Diskussion; Prof.in Dr.in Andrea Maihofer (v. oben links nach unten rechts); Ministerialrätin Dr.in Barbara Hartung (rechts)

© Angela von Brill



im Netz: die Verharmlosung der Delikte, die Tatsache, dass diese meist als Privatklagedelikte und nicht als Volksverhetzung und damit Offizialdelikte eingestuft würden, die Praxis der Beweislast sowie Überlastung und Abwehr bei der Polizei (Tipp: bei Staatsanwaltschaften anzeigen). Ohne Anzeigen und entsprechende Diskussionen ändere sich die Rechtspraxis aber nicht.

In der Logik des Kapitalismus verfolgten Plattformunternehmen privatwirtschaftliche und somit ökonomische Interessen, wenn sie Hassrede in ihren Netzwerken bis zu einem bestimmten Grad zuließen. Denn: Mit Hass ist gutes Geld zu verdienen, weil er für Aufmerksamkeit und Klickzahlen sorgt. Während andere Unternehmen mittlerweile durch Gesetze zu Schutzmaßnahmen für Öffentlichkeit und Arbeitnehmer*innen gezwungen seien (z. B. Emissionsfilter oder Schutzkleidung) und die Kosten für diese Maßnahmen von ihrem Gewinn abgingen, sei dies bei digitalen Plattformen nicht der Fall.

Zum Abschluss wies Lembke auf die zunehmenden Angriffe gegen Geschlechterforscher*innen und damit auf die Wissenschaftsfreiheit hin. Lembke kritisierte die häufig uneindeutige Haltung von Universitäten. Diese hätten gegenüber ihren Mitarbeiter*innen eine Schutzpflicht, der sie sich zu häufig weigerten nachzukommen. Es brauche klare Statements von Universitätsleitungen, dass Angriffe auf Wissenschaftler*innen nicht toleriert werden. Gerade angesichts des Aufstiegs von Rechtspopulismus und aggressivem Antifeminismus seien die Rahmenbedingungen zu garantieren, damit Wissenschaftler*innen ihre Arbeit tun können. Parteiliche Neutralität bedeute nicht, dass auf ein klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit verzichtet werden könnte.

Gabriele Diewald blickte aus einer linguistischen Perspektive auf die Sprache und räumte dabei mit diversen Mythen auf. Der derzeit angesagteste Mythos unter den Gegner*innen einer geschlechtergerechten Sprache ist das sogenannte generische Mas-

kulinum: Immer auf die Formel gebracht, Frauen seien mitgemeint. Das Maskulinum als Normalfall, als Oberbegriff. Auch das sei ja fast schon wieder ironisch, schließlich sei das Ausdruck der Haltung, unter der sich die (deutsche) Sprache in den letzten Jahrhunderten entwickelt habe. Die Sprache bildet nun mal Realitäten ab und zu dieser Realität gehören einige Jahrhunderte patriarchaler Strukturen. Aus historischer Perspektive ist die Sprache eine Quelle für die Existenz einer solchen Struktur, aber keinesfalls der Beweis, dass beides immer so bleiben müsse und unveränderbar sei. Diewald zeigt an Befunden aus empirischen Studien und auch an den Selbstbeobachtungen des Publikums, wie bestimmte Berufsbezeichnungen, aber auch Adjektive noch immer geschlechtlich aufgeladen sind.

Aber nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen habe das „generische Maskulinum“ seine besten Zeiten hinter sich. Denn Sprache diene ja nun mal der Verständigung: Sätze wie „In den Kitas fehlen Erzieher“ seien missverständlich. Wer fehlt: Personal oder Männer? Deshalb sei eine Sprache, die Sichtbarkeit für das Gemeinte schaffe, nicht nur gerechter, sondern auch präziser – man könnte fast sagen besser.

Gleichzeitig sei die Sprache ein Indikator für Veränderungen: womöglich sogar für das nahende Ende des Patriarchats. Bestimmte Dinge, die sich in der Praxis schon durchgesetzt hätten, würden dann auch in der Sprache sichtbar und diese dann Ziel von Angriffen. Sprache habe einen hohen Identitätscharakter, der nicht unterschätzt werden dürfe. Wenn *mann* schon seine (Vor-)Rechte hergeben müsse, dann müsse *mann* doch zumindest an der symbolischen Unsichtbarkeit von Frauen und anderen Geschlechtsidentitäten festhalten dürfen. Diewalds Antwort: Mann darf ja.

Diewald hob auch die Machtkomponente von Sprache hervor, diskriminierendes Sprechen sei

eine Machthandlung. Diskriminierung könne auch durch eine Benennungslücke erfolgen, dies sei im sprachlichen Umgang mit weiteren geschlechtlichen Optionen eine sprachliche Herausforderung.

Damit zu den komplizierter zu beantwortenden Fragen. Denn der schwierige Weg des Sprachwandels ist nicht synchron – in Gesellschaften haben Sprachen und Sprachgebrauch auch immer distinguierende Funktion (wer so etwas schreibt, will zeigen: wissenschaftlich vorgebildet). Kurz: Sie zeigt Unterschiede an, ist kulturelles Kapital. Eine Verständigung über Wege zu mehr Geschlechtergerechtigkeit braucht eine gemeinsame Sprache, die allianzfähig ist. Auch deshalb rät Diewald, ausdauernd progressiv zu sprechen. Andere aber nicht ständig zu belehren, sondern zu gewöhnen und dort, wo zur Verständigung nötig, auch anderen entgegenzukommen.

Die Algorithmenforscherin Lajla Fetic spricht über die Sprache der Digitalisierung. Digitalisierung werde die Gesellschaft und ihre Form genauso prägen wie zuvor die Entwicklung der Sprache, der Schrift und des Buchdrucks mit beweglichen Lettern. Wer also über die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit als gesellschaftliches Phänomen reden will, kommt am Computer nicht vorbei.

Zumal Digitales ja auf der Basis der Unterscheidung von 1 und 0 arbeitet. Also quasi binär by nature. Klingt also auf den ersten Ton nicht zwingend nach Verflüssigung von Differenzkategorien. Fetics Vortrag konzentriert sich aber weniger auf theoretische, sondern eher auf praktische Effekte des zunehmenden Einsatzes von Algorithmen in gesellschaftlich relevanten Prozessen: Welches Bild bzw. welche Bilder erscheinen, wenn ich z. B. „Frau“ bei einer Suchmaschine meiner Wahl eingebe?

Fetic erläutert zunächst, wie Algorithmen funktionieren. Wie Rezepte. Wer Tiramisu machen wolle,



Blick ins Plenum bei der Abschlusskonferenz

© Sebastian Bracke

brauche ein Rezept, Zutaten und Arbeitsschritte. Grundlage von Algorithmen seien nicht Mascarpone und Löffelbiskuit, sondern Trainingsdaten. Und hier kommt der erste – wie man so sagt – „bias“ ins Spiel: die Auswahl der Trainingsdaten. Rassistische Trainingsdaten führten zu rassistischen Algorithmen; sexistische zu sexistischen. So identifizierten Gesichtserkennungsprogramme Frauen schlechter als Männer, nicht-weiße Menschen schlechter als weiße. Praktisches Ergebnis: Nicht-Weiße würden öfter kontrolliert, was u. a. bei Passant*innen das Gefühl verstärkte, diese seien öfter kriminell.

Dass hier zudem über bestimmte äußere Merkmale andere Kategorien mitaufgerufen werden und so vermeintlich objektiviert werden, erzeugt den gleichen Effekt wie die Nennung der Nationalität bei Straftaten.

Schlechte Algorithmen, so Fetics klare Botschaft, objektivieren Vorurteile und können zugleich zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Sie erläuterte die Effekte am Beispiel des Österreichischen Arbeitsamtes, welches die Vermittlungschancen auf Basis bestehender Ungleichheiten eingeschätzt hatte und so die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt als Prognosefaktor nutzte. Ergebnis: Frauen bekamen die schlechteren Jobs angeboten – insbesondere in einer Altersgruppe, in der noch Schwangerschaften „drohten“. Gerade die öffentliche Hand sei gefordert, klare ethische Grundlagen einzuhalten, wenn es um die Entwicklung und den Einsatz von Algorithmen ginge. Dennoch betont Fetic nicht das Dystopiepotenzial, sondern plädiert für eine Ethik der Algorithmen.

Fetic rät vor allem zu zwei Dingen: Kenntnis und Gelassenheit. Kenntnis bedeute, die Sprache der Algorithmen zu verstehen, um einerseits mit ihren Ergebnissen souverän und reflektiert umzugehen, aber auch um andererseits gute Trainingsdaten zu produ-

zieren. Es gehe darum, sich einzumischen und die Algorithmen nicht den anderen zu überlassen. Gelassenheit verbindet Fetic mit einem nicht unwichtigen Hinweis bei all der Technik: Auch Menschen machen Fehler.

Als Aylin Karabulut, die über rassistische Strukturen im Bildungswesen forscht, zur Intersektionalität als Notwendigkeit von Geschlechtergerechtigkeit vorträgt, wird deutlich, wie weit der Weg zu einer inklusiven geschlechtergerechten Gesellschaft noch ist. Die Frage, wer mitgemeint ist, wirft Karabulut schon im Titel ihres Vortrags auf: „Ain't I a woman?“

Zunächst stellt sie auf interaktive Weise fest, über welche (unsichtbaren) Privilegien die Teilnehmer*innen der Konferenz verfügen. Der Begriff Privilegien bedeutet, innerhalb bestimmter Kategorisierungen zu der Gruppe zu gehören, die jeweils als Norm angesehen wird: Geschlecht (männlich), Hautfarbe (weiß), Religion (christlich), Klasse (Mittelschicht) (bzw. finanzielle Ressourcen (nicht arm)), Bildungsgrad (Abitur oder höher), Sexualität (heterosexuell). So werden gleich zwei Dinge deutlich: Besonders divers sind die Teilnehmer*innen in ihrer Gesamtheit nicht; und man bemerkt das, was Karabulut einen unsichtbaren, schwerelosen Rucksack nennt. Es sei nämlich ein Privileg, die normative Kraft dieser Kategorien im Alltag nicht zu spüren, sondern sie zu vergessen. Der fehlende Kontakt mit Menschen, die keinen solchen schwerelosmachenden Rucksack habe, liege eben auch an deren Unterrepräsentanz in intellektuellen Räumen – ein Teufelskreis, der nicht von Einzelnen, sondern nur in Bündnissen zu durchbrechen sei.

Die Privilegien könne man nicht oder in Einzelfällen nur sehr schwer erwerben. Ein Fakt, der in einer demokratischen Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Chancen einräumen sollte, ein Problem darstellt: für alle übrigens – nur dass es nicht alle

gleichermaßen spüren. Karabulut appellierte an die Anwesenden, ihre eigenen Privilegien häufiger zu reflektieren – nicht um ein schlechtes Gewissen zu haben, sondern um zu überlegen, was mensch mit den eigenen Privilegien tun könne, als Verbündete*r für eine gerechte Zukunft („How to be an ally?“). Wem könnte man seine Privilegien zur Verfügung stellen? Anderen zuzuhören, aber auch anderen Redemöglichkeiten und damit Gehör zu verschaffen („Pass the mic, sis!“) und migrantisierte Frauen so zu empoweren.

Intersektionalität bedeute, Mehrfachdiskriminierungen als solche ernst zu nehmen. Je nach Kontext würden dabei Merkmale unterschiedlich verschränkt aufgerufen. So träfen Sexismus und Rassismus dieselben Menschen manchmal in gleichen, manchmal in anderen sozialen Kontexten: heute Frau, morgen schwarz, übermorgen beides.

Institutioneller Rassismus sei in Deutschland immer noch ein Tabu. Karabulut machte klar, wir müssen über Rassismus reden.

Karabulut plädierte nicht nur dafür, offenen feindseligen Rassismus zu thematisieren, sondern vor allem über strukturellen Rassismus in der Gesellschaft, aber auch im Bildungssystem und im Feminismus zu sprechen. Sie machte deutlich, wie institutionell strukturelle Ungleichheiten perpetuiert werden, indem Menschen zu Anderen oder Fremden gemacht würden, die nicht weiß seien. Um zu verstehen, was sie meint, reicht meist ein aufmerksamer Blick in ein x-beliebiges Schulgeschichtsbuch. Karabulut weist auf Angebote hin, die sich für diversere Bildungsarbeit einsetzen, wie etwa „kulturshaker.de“.

Gleichzeitig wirbt sie für eine Strategie der Intersektionalität: Dabei könnten die Strategien der Frauenförderung eine Blaupause sein, noch fehle



Interessierte Zuhörer*innen verfolgen die Veranstaltung.

© Sebastian Bracke

aber meist ein Problembewusstsein für die Unterrepräsentation von Wissenschaftler*innen of color – insbesondere auf Leitungsebene.

Diese Impulse wurden in einer Abschlussdiskussion mit den Referierenden, moderiert von Judith Conrads, aufgegriffen und vertieft. Gemeinsam mit dem Plenum wurden die Schnittmengen der Perspektiven betont. Als zentrale Perspektive erwies sich die Notwendigkeit von Bündnissen und Allianzen über die Disziplingrenzen hinaus.

Christiane Kunst stellte im Rückblick auf die Debatte den Wert von Dialogen heraus. Dabei sei wichtig gewesen, Erkenntnisse aus der Wissenschaft mit Erfahrungen aus der Praxis zu verknüpfen, denn nur so können beide Bereiche voneinander profitieren. Das interdisziplinäre Feld der Geschlechterforschung, so die Sprecherin der Forschungsstelle Geschlechterforschung, ist gut für solche Dialoge gewappnet, denn Interdisziplinarität verlange stets Übersetzungsleistungen: „Die unterschiedlichen Konzepte von Geschlecht und verschiedenen Perspektiven auf Geschlecht und gerade diese Pluralität der Perspektiven war bereichernd für konstruktive Debatten.“ Zugleich hat die Reihe gezeigt, dass es noch zahlreiche Leerstellen in der Forschung gibt. Die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht muss aber, so Christiane Kunsts Plädoyer, stets analytisch erfasst werden, damit sie auch aufgebrochen werden könne.

Denn Geschlecht ist nicht statisch, sondern gesellschaftlichem Wandel und Machtverhältnissen unterworfen, die ihrerseits wandelbar, weil menschgemacht sind. Zudem, auch das machte die Reihe deutlich, ist die Frage, wie eine geschlechtergerechte Zukunft aussehen kann, nicht eindimensional. Wir gehen also von unterschiedlichen Positionen aus, die wir weiter in einen kritisch-konstruktiven Dialog bringen müssen: zwischen wissenschaftlichen

Disziplinen und zwischen Wissenschaft und Praxis. In der Debattenreihe ist dank der vielen Teilnehmer*innen deutlich geworden: Es gibt nicht *die* (eine) Geschlechterforschung. Wissenschaftliche Analysen zu Geschlecht sind vielfältig und mehrstimmig. Genauso wie Praxiserfahrungen. Und für diese Arbeit braucht es Ressourcen, sowohl in der Praxis als auch Wissenschaft. Denn nur mit ausreichend Forschungsressourcen wird es weiterhin möglich sein, die Wirkungsweisen von Geschlecht zu untersuchen und sichtbar zu machen. Der Weg zu einer geschlechtergerechten Zukunft ist also noch weit. Aber: „Was niemand anfängt, wird niemals fertig.“ (Margarete Stokowski)

Was sagt uns das mit Blick auf die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit? Am Ende sind es Machtfragen. Die Zukunft ist offen und muss erkämpft werden, aber nicht in individuellen Kämpfen, sondern in Allianzen, in Bündnissen und in Solidarität. Sprache kann dabei ein Schlüssel oder ein Hemmnis sein. Sprache kann helfen, Bündnisse und Allianzen zu schmieden – in und außerhalb von Universitäten. Um solche zu schmieden, braucht es Balancen zwischen wissenschaftlicher Präzision und sprachlicher Anschlussfähigkeit. Sprache ist auch notwendig, um Solidarität zu üben und zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen Differenzen zulassen und artikulieren können, ohne zugleich darauf basierende Hierarchisierungen vorzunehmen. Und es wurde deutlich: Es braucht noch mehr Forschung für eine gleichberechtigte, inklusive und demokratische Gesellschaft. Denn in vielen Fragen steht noch ein weiter Weg bevor. Und eine Frage, die auf der Konferenz auch gestellt wurde, war: Wer hat eigentlich das Privileg, diese Fragen zu ignorieren?

Sebastian Bracke

Projektmitarbeiter der Debattenreihe

2019: 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

100 Jahre Frauenwahlrecht war zwar kein dezidiertes Thema der Konferenz, war aber dennoch in vielen Beiträgen präsent.

Andrea Maihofer zeigte am Beispiel der Schweiz, mit welchen Argumenten Frauen noch lange bis ins 20. Jahrhundert das Wahlrecht/Stimmrecht verweigert wurden.

Ulrike Lembke legte dar, mit welchen Strategien Frauen aus dem politischen Diskurs ausgegrenzt wurden. Sie wies darauf hin, dass beim Begriff „Wähler“ bis zum Jahr 1919 die Frauen ausgeschlossen wurden. „Straftäter“, „Diebe“ und „Mörder“ hingegen konnten Frauen schon lange vorher sein.

Gabriele Diewald belegte linguistisch an Auseinandersetzungen um das aktive und passive Wahlrecht, dass Frauen mit dem Begriff „Wähler“ und „Landtagsabgeordneter“ keinesfalls mitgemeint seien. Juristische Texte seien aufgrund dieser Begriffe lange so ausgelegt worden, dass Frauen verfassungsgemäß z. B. keine Mandate erhalten konnten.

Aylin Karabulut zeigte, auf welche Weise rassistische Diskriminierungen demokratische Werte unterlaufen. Statt Gleichheit bestimmte Othering viele migrantisierte Menschen in Deutschland.



© Sebastian Bracke

Aylin Karabulut während ihres Vortrags

POLITISIERT EUCH!

Essay zur Debattenreihe

Fragen um „Geschlecht“, „Geschlechterordnung“ oder „Geschlechtergerechtigkeit“ werden aktuell in vielen Bereichen des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens wie auch in der Wissenschaft kontrovers diskutiert.

Debatten um „Gender“ gehen über die Annahme von Geschlecht als rein biologische Kategorie hinaus. Sie richten ihre Aufmerksamkeit vielmehr auf strukturelle Ungleichheiten, Hierarchien, Privilegien und Differenzen, die wiederum weiblich und/oder männlich unterschiedlich besetzt sind. Exemplarisch können beispielsweise die Bereiche der (überwiegend männlich konnotierten) Berufs- und Arbeitswelt oder der (überwiegend weiblich konnotierten) häuslichen Pflege- und familialen Sorgearbeit angeführt werden. Dabei thematisieren, hinterfragen und kritisieren etwaige Debatten soziale Systeme, politische Institutionen, Wissens- und Denksysteme, aber auch individuelle Beziehungen, die von tradierten Geschlechtervorstellungen geprägt sind oder in denen Frauen, Männer oder LGBT strukturell unsichtbar gemacht werden.

In der Geschlechterforschung und Theoriebildung gehen unterschiedliche Denkschulen von verschiedenen Annahmen von Geschlecht, Vielfalt oder Akzeptanz aus, wodurch zahlreiche Positionen und Strategien für gesellschaftliche Auseinandersetzungen entwickelt wurden.

Einschlägige Auseinandersetzungen können produktiv sein, aber Fortschritte auch blockieren. Mit Blick auf gesellschaftliche Diskurse werden gerade der Geschlechterforschung viele Vorbehalte ent-

gegengebracht, und die gleichstellungspolitische Alltagsarbeit ist häufig geprägt von hohem Energieeinsatz. Dadurch rückt die Frage nach dem „großen Ganzen“ nahezu zwangsläufig immer wieder in den Hintergrund. So problematisiert der Soziologe Armin Nassehi: „[...] [E]s gelingt ihnen [den Gender Studies, Anm. K.H.] nur begrenzt, ihrem Publikum zu erklären, warum die Geschlechterunterscheidung so hartnäckig ist – auch dort, wo sie womöglich gar keine konkrete Funktion hat. Es ist eben mehr als eine bloß politische oder normative Frage, um die es hier geht“ (*Die Zeit* vom 10. Januar 2019, S. 64).

Doch um was geht es eigentlich bzw. was bedeutet Geschlechtergerechtigkeit heutzutage und in Zukunft? Wann ist sie erreicht und welche Perspektiven auf zukünftige Entwicklungen und Notwendigkeiten lassen sich ziehen? Diese und weitere Fragestellungen wurden im Rahmen der Debattenreihe „Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit“ an der Universität Osnabrück diskutiert.

Auftaktveranstaltung: „Zwischen Gender Equality und Rollback?“

In ihrem Vortrag „Welche Allianzen, wessen Feminismus? Differenz und Kohabitation“ beschäftigte sich Prof.in Dr.in Susanne Völker (Universität zu Köln) mit feministischem Handeln in der Gegenwart.

Ausgehend von der Grundüberlegung, dass Feminismus sowohl plural (d. h. ungleichheitsanalytisch) als auch notwendig queer (d. h. normalitätskritisch

26.10.2018
Auftaktveranstaltung

UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

Debattenreihe: Zukunft der
Geschlechtergerechtigkeit

Zwischen Gender
Equality und
Rollback? 



und antikategorial) gelesen und verstanden werden müsse, stellte der Aspekt des Umgangs mit Differenzen zentrales Element ihrer Überlegungen dar. Der gesellschaftliche, politische oder individuelle Umgang mit Unterscheidungen zeige sich dabei erst in der Produktion von (Un-)Sichtbarkeiten, wobei Wahrnehmungen immer auch gesellschaftlich konditioniert und determiniert seien.

Die durch (diskriminierende) Grenzsetzungs- und Differenzsetzungspraktiken entstehenden Unsichtbarkeiten („Nicht-Gesehen-Werden“) verwiesen auf den Entzug individueller Lebensgrundlagen und insoweit enorme Prekaritäten, in welchen sich Individuen wiederfänden. Vor diesem Hintergrund plädierte Völker für das Neubedenken von Feminismus als eine Perspektive, die durch Differenzsetzungen entstehende Dominanzen sowie insbesondere unsichtbare Zentrierungen (männlich = menschlich) hinterfragt.

Für den Wissenschaftsdiskurs ergibt sich dabei die Frage nach der Verschiebung von Elementen, Haltungen oder Ansichten, um „andere“ Antworten zu hören. Facetten der feministischen Wissenschaftstheorie beziehen sich dabei unter anderem auf die Kritik an der Dominanz des Männlichen bzw. am Normalfall Mann (Mann = Mensch) und an modernen Universalien, Kritik am „weißen“ westlichen Feminismus, Kritik der Heteronormativität sowie Kritik am Anthropozentrismus („Der Mensch ist Zentrum alles Seienden“).

Insbesondere müsse Feminismus, so Völker, jedoch verstanden werden als Kritik an hegemonialen Praktiken und Hinterfragung der Macht von Geschlechternormen und gesellschaftlich produzierter Angewiesenheiten. Ergänzend zum Vortrag problematisierte Tarik Tesfu (Moderator) als weiterer Vortragender den fehlenden Einbezug von Betroffenen: Es werde zu häufig „über“ gesprochen, aber zu selten „mit“.

Debatte #1: „Bildung und Geschlecht im Spannungsfeld von Differenz und (Un-)Gleichheit“

Der Einfluss von Geschlecht als Differenzkategorie ist bereits in der Kindheit groß und wird bereits in pädagogischen Institutionen, wie z.B. Kindertagesstätten (re-)produziert und verstärkt. So bildet Heteronormativität häufig den unhinterfragten Ausgangspunkt pädagogischer Praxis, Geschlecht wird dabei unter „individuelle und soziale Differenz“ subsumiert. Auch pädagogische Erfahrungsräume sind zweigeschlechtlich konnotiert. So wird mit der Forderung „Mehr Männer in Kitas“ einerseits die Annahme verstärkt, Geschlechtergerechtigkeit könne nur dann realisiert werden, wenn beide Geschlechter anwesend sind, sowie andererseits die Geschlechterdichotomie reproduziert, weibliche Erzieherinnen „begrenzten“ den Erfahrungsspielraum. So ist festzustellen, dass in pädagogischen Institutionen Professionalität und Geschlecht häufig verknüpft werden.

Prof.in Dr.in Melanie Kubandt (Universität Vechta) verweist in diesem Zusammenhang in ihrem Impulsvortrag „Gängige Geschlechterperspektiven im Feld der frühen Kindheit“ auf Herausforderungen, pädagogische Theorien mit Blick auf Geschlecht und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Frage, wie Geschlecht verhandelt werden sollte, kritisch zu diskutieren. Bildungsinitiativen wie beispielsweise „Queerformat“ und Publikationen wie „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“ stoßen dabei immer noch häufig auf Skepsis bis hin zu fundamentaler Ablehnung.

In der dem Impulsvortrag folgenden Diskussion mit mehreren Expert*innen wurden insbesondere anwendungsbezogene Fragen diskutiert. So finden sich pädagogische Praktiken der Geschlechterdifferenzsetzung grundsätzlich in der Antinomie wieder,

„Geschlecht“ einerseits dekonstruieren zu wollen, andererseits dabei jedoch nicht umhin zu kommen, „Geschlecht“ als Kategorie festsetzen zu müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

Insofern müssen die eigene Involviertheit, Reifizierung und (Re-)Konstruktion von Geschlecht und darauf bezogenen Unterscheidungspraxen im pädagogischen Alltag reflektiert werden. Weil die Ambiguität von Benennung vs. Ausblendung von „Geschlecht“ in der Praxis nur schwer aufgelöst werden kann, postulierte Florian Cristóbal Klenk einen differenzreflexiven Umgang für pädagogische Fachkräfte. Die Dekonstruktion von geschlechtsspezifischen Kategorien und Normen soll demnach die Reflexion der folgenden drei Fragen beinhalten: a) Verwertung (Anschluss an kritische Bildungstheorie: Wie sind Bildungsprozesse in Verwertungsprozesse involviert?), b) Normalisierung (dekonstruktivistische Perspektive auf Geschlecht: Wie wird Geschlecht hergestellt und normalisiert?) sowie c)

Hierarchisierende Perspektive (Hierarchisierung von Geschlecht).

Debatte #2: „Feministische Solidaritäten im Kontext von Flucht und Migration“

„Migration“ ist eines der bedeutendsten sowie mitunter am kontroversesten diskutierten Themen unserer Zeit. In öffentlichen und gesellschaftlichen Diskursen um Migration und Fluchtbewegungen spielt der Begriff der „Anerkennung und Vielfalt“ eine besondere Rolle. Vielfältige Akteur*innen, wie Bürger*innen, Vertreter*innen von Religionsgemeinschaften oder auch Migrant*innenorganisationen, tragen in einschlägigen Auseinandersetzungen zu Anerkennung (von Vielfalt) dazu bei, gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten. Aus einer geschlechterbezogenen Perspektive wurde auf der Veranstaltung darüber diskutiert, wie die Kategorie „Geschlecht“ in einschlägigen Diskursen öffentlich verhandelt wird und insbesondere wie sich feminis-

Blick auf die Zuhörer*innenschaft bei der Abschlusskonferenz

© Angela von Brill



tische Solidaritäten im Kontext von weltweiter Migration konzeptualisieren lassen. Eingegangen wurde während der Podiumsdiskussion unter anderem auf Fragen, wie konservative Bewegungen im Kontext von Geschlecht (z. B. „gegen“ den Islam) interpretiert werden könnten oder wer durch bestimmte Thematisierungen ausgeschlossen wird.

Herausgearbeitet wurde dabei, dass die „Coloniality of power“ als zentraler Aspekt aktueller westlicher Politiken betrachtet werden muss. „Rasse“ und „Klasse“ gelten dabei (immer noch) als wesentliche Kategorien zur Wahrnehmung von Migrant*innen. Auffällig ist dabei, dass eine antagonistische Produktion einer „migrantischen Frau/Migrantin“ vs. einer „westlichen Frau“ durch die Bezugnahme auf die Ungleichheitskategorien „Geschlecht“ sowie „Migration“ stattfindet. Feministische Solidarität, so die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion, impliziert dabei das Politisieren von Wissen, den Einbezug von Migrant*innen als Expert*innen sowie die Politisierung von individuellen Benachteiligungen („personal is political“). Abschließend wurde die Frage diskutiert, wie politisch Feminismus angesichts der Fragen um Macht und Machtkonsolidierung sein darf bzw. muss.

Debatte #3: „Gleichstellung vs. Diversity? Perspektiven für mehr Chancengleichheit“

In ihrem Vortrag arbeitete Prof.in Dr.in Mechthild Bereswill (Universität Kassel) Perspektiven auf das Spannungsfeld „Ungleichheit – Differenzierung – Diversität“ heraus. In Form von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsbemühungen wird dieses Spannungsfeld seit vielen Jahren auf vielfältige Art in Institutionen, wie z. B. Universitäten, bearbeitet, wobei die Kategorie „Geschlecht“ als ein bedeutsamer Faktor und Ausgangspunkt relevanter Auseinandersetzungen betrachtet wird.

Während die Bedeutung des Begriffs „Geschlechtergerechtigkeit“ auf eine Grundhaltung verweist, die die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und damit die (institutionelle) Gleichstellung der Geschlechter bezeichnet, gründen Diversity-Ansätze in der Antidiskriminierungs- und Bürgerrechtsbewegung und zielen vielmehr auf die Thematisierung von Ungleichheits- und Verletzungsverhältnissen. Nicht zuletzt wird der Fokus geweitet von der Kategorie „Geschlecht“ hin zu weiteren Ungleichheitskategorien, wie z. B. Bildung oder Migration und deren Intersektionalität.

Ausgehend von der Kritik an einer „entweder-oder“-Gegenüberstellung von Gleichstellung und Diversity (vgl. „vs.“ im Veranstaltungstitel) wurde in der anschließenden Diskussion mit Vertreter*innen mehrerer universitärer Gleichstellungs- und Diversitybüros betont, dass es in Zeiten von komplexer werdenden Gleichstellungsverständnissen Ziel aktueller Bemühungen sein müsse, verschiedene Strömungen nicht nebeneinander stehend zu betrachten, sondern vielmehr diese in Beziehung zueinander zu setzen und zusammenzubringen. Während „Vielfalt“ auf das Bestehen unterschiedlicher Diskriminierungsformen, die nicht hierarchisiert werden können, und auf die Anerkennung der Vielfalt an Kategorien verweist, könnte Gleichstellung als Tool berücksichtigt werden, die insbesondere auch auf institutioneller und systemischer Ebene Prozesse verändern kann. Wichtig ist, Diskriminierungs- und Ungleichheitserfahrungen von Individuen als solche anzuerkennen („Selbstidentifikation“) sowie diese gleichermaßen als intersektionale Strukturkategorien zu operationalisieren und stetig sichtbar zu machen. Für die praktische Arbeit ist es dabei wichtig, Adressat*innen dort abzuholen, wo sie stehen, und diese über Grundlagen der Arbeit und des Verständnisses von Ungleichheitsdimensionen aufzuklären. Gerade weil das akademische Feld

nicht inklusiv ist, gilt es, immer wieder auf diskriminierende Umstände hinzuweisen, Definitionsmacht zu hinterfragen, aktiv fördernde Maßnahmen zu entwickeln und durch eine hartnäckige Betonung von Befunden aus der Wissenschaft und Praxis eine verstärkte Politisierung und Vernetzung der Gleichstellungsarbeit zu fördern.

Schlussbemerkungen

Entwicklungen, wie beispielsweise die Forderungen „von den Women's Studies zu den Gender Studies“, verweisen auf die Notwendigkeit, „Geschlecht“ als Teil vielfältiger gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse zu betrachten und gleichermaßen den Fokus der Genderforschung auf breitere Wissens- und Bedeutungszusammenhänge („neue Nachbarschaften“) mit anderen Disziplinen, gesellschaftlichen Realitäten und Intersektionalitäten zu setzen. Nichtsdestotrotz besteht offenbar in vielen öffentlichen Diskursen immer noch die große Schwierigkeit, „Genderdebatten“ nicht ausgehend von Feminismuskritik zu diskutieren, sondern als breiter in gesellschaftlichen Sphären angelegte Struktur zu betrachten. Die Anerkennung der Verwobenheit der sozialen Kategorie Geschlecht in strukturelle Verhältnisse, kulturelle Werteordnungen und subjektive Identitäten kann insofern (weiterhin) als zentrales Ziel der Geschlechtergerechtigkeit und gleichstellungspolitischen Praxis betrachtet werden. Die oben dargestellten Zusammenfassungen der Debattenreihe können dabei als Perspektiven bzw. mögliche Schwerpunktsetzungen auf ein äußerst vielfältiges gesellschaftliches Feld betrachtet werden. Für Auseinandersetzungen mit „Geschlecht“ kommt dem Konzept der „Reflexivität“ und die damit verbundenen Annahmen, Beobachtungen und Dinge seien konstruiert und entstünden durch Interaktion, besondere Bedeutung zu. Gerade weil im Bereich der Geschlechterforschung die forschungsprakti-

sche Notwendigkeit besteht, Dinge benennen zu müssen, um sie zunächst einmal sichtbar machen zu können, ist die Reifizierung und „Herstellung“ von „Geschlecht“ durch die Forscher*innen zunächst einmal notwendig und verweist gleichermaßen auf das herausfordernde Spannungsfeld der „Konstruktion vs. Dekonstruktion“.

Armin Nassehi kritisiert in diesem Zusammenhang im bereits in der Einleitung erwähnten Artikel, dass „die Geschlechtersoziologie [...] sehr erfolgreich darin [sei], auf den arbiträren Charakter von Geschlechterunterscheidungen hinzuweisen. Diese eher epistemologischen Argumente sind nicht falsch, aber sie bilden fast nur eine milieuspezifische Selbsterfahrung [der akademisch gebildeten Mittelschichtsbürger*innen, Anm. K.H.] ab.“ Gerade mit Blick auf beobachtbare Verunsicherungen bezüglich der Begrifflichkeiten oder Entwicklungen in der Gesellschaft (wie z. B. Umgang mit der „Einführung des dritten Geschlechts“) stehen Vertreter*innen der Geschlechterforschung vor der besonderen Herausforderung, wissenschaftliche Ergebnisse anwendungsbezogen darzustellen und öffentliche Diskurse sensibel mitzugestalten.

So formuliert Nassehi das folgende Plädoyer für die Weiterentwicklung der Geschlechterforschung: „Die Gender-Studies müssen [...] stärker dafür sensibilisieren, dass sie selbst in die Paradoxie laufen, durch Thematisierung des Geschlechts die Relevanz der Geschlechterunterscheidung loswerden zu wollen, die sich in der gesellschaftlichen Praxis stabiler darstellt, als es die Milieuerfahrung von Soziologinnen und Soziologen hergeben“ (*Die Zeit* vom 10. Januar 2019, S. 64). Der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit muss künftig weiterhin durch die stetige Bearbeitung auf subjektbezogener, symbolischer sowie struktureller Ebene fortgeführt werden. So ist beispielsweise die Politisierung der Geschlechterfor-

schung ein bedeutsames Tool, um für den Abbau von Diskriminierungsverhältnissen auf struktureller Ebene einzutreten.

Politische Einmischung sollte dabei als stetes Herausfordern aktueller Politiken verstanden werden, mit dem nicht nur Prekaritäten problematisiert, sondern ebenso grundlegende Problematiken und institutionelle Strukturen aufgedeckt werden, die in gesellschaftlichen Systemen verankert sind. Solange sich Positionierungen überwiegend auf Aktionen einzelner weniger Akteur*innen belaufen, verbleibt die Gefahr der Wirkungslosigkeit der Einmischung. Gerade in diesen strukturellen Aspekten der Vernetzung von Akteur*innen liegen große, bislang aber noch unzureichend genutzte, Potentiale.

Ausgehend von der Annahme, dass herrschende Machtstrukturen nicht als strategisches Raster, sondern vielmehr als hierarchisch strukturierte Netzwerke zu begreifen sind, in die viele Akteur*innen eingebunden sind, kommt die Geschlechterforschung nicht umhin, ebenfalls vermehrt Bündnisse zu entwickeln. So ist es auch Aufgabe von Vertreter*innen der Geschlechterforschung, Vernetzungsarbeit mit anderen Akteur*innen zu leisten, gemeinsame Themen öffentlich zu formulieren und kritische Fragen zu stellen. Mit Blick auf die subjektbezogene sowie symbolische Ebene ist sowohl die Anerkennung individueller Benachteiligungen ebenso wie die Förderung eines Dialogs über gesellschaftliche Verständnisse von Bedeutung. Dabei kommt es auch den Wissenschaftler*innen zu, Bürger*innen einen alltagsnahen Zugang zu Ergebnissen zu verschaffen („Barrierefreiheit“) und somit die Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schlagen und Perspektiven für den Umgang mit einschlägigen Fragestellungen anzubieten.

Angesichts der Komplexität der mit der Katego-

rie „Geschlecht“ verknüpften Ungleichheiten und Benachteiligungen verweist die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit auf die Förderung einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung und eines Dialogs mit Fragen zu unterschiedlichen Seins- und Lebensweisen, ausgehend von Wertschätzung und gleicher Ressourcenverteilung – konsequenterweise auch ganz unabhängig von Geschlecht.

Katharina Heilmann

Absolventin des Masterstudiengangs Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen an der Universität Osnabrück sowie des Interdisziplinären Zertifikats Geschlechterforschung

WISE 2020/2021 | ÖFFENTLICHE VORTRAGSREIHE

WTN?! (What The Norm?!) – Genderdiskurse weiterdenken

Im Rahmen des Projektes *Zukunftsdiskurse* bildete sich ein studentisches Projektteam, welches die interdisziplinäre Vortragsreihe „WTN?! (What The Norm?!) – Genderdiskurse weiterdenken“ geplant und durchgeführt hat. Die entstandene Reihe richtete sich an Studierende sowie an alle Personen mit Interesse an Geschlechterforschung.

Insbesondere Studierende und Teilnehmende des Interdisziplinären Zertifikats Geschlechterforschung, das von der Forschungsstelle Geschlechterforschung angeboten wird, äußerten besonderes Interesse an Inhalten, die im Rahmen grundlegender Einführungen aufgrund der thematischen Vielfältigkeit kaum beleuchtet werden können. Aus diesem Grund wurde in der Vortragsreihe ein Fokus auf Thematiken gelegt, die über die binären Geschlechtergrenzen hinaus mit einer intersektionalen Sicht und aktivem Einbezug von LGBTIAQ*-Perspektiven agieren. Durch die breite Themenauswahl sollte ein möglichst interdisziplinärer Einblick in aktuelle Debatten gegeben, Diskussion unter den Teilnehmenden angeregt und im Anschluss zentrale Punkte gemeinsam reflektiert werden. Um neue Impulse zu schaffen, wurden entsprechende Themen in den Vordergrund gestellt und Vortragende eingeladen, die vom universitären Mainstream abweichen. Anschließend an den jeweiligen Vortrag war es den Teilnehmenden möglich, den Vortragenden in einer Diskussionsrunde Fragen zu stellen oder Kontroversen zu diskutieren. Begleitet und abgerundet wurde

die Vortragsreihe durch zwei zusätzliche Diskussions Sitzungen, in denen die Teilnehmenden dazu eingeladen waren, sich noch tiefgreifender mit den für sie interessanten Themen auseinanderzusetzen.

In ihrer Gesamtheit sollte die Vortragsreihe dazu beitragen, soziale Ungleichheiten und Machtdynamiken im Zusammenhang mit Geschlecht als solche zu identifizieren, kritisch zu hinterfragen und Zuhörende für diese zu sensibilisieren. Durch einen intersektionalen und queerfeministischen Fokus sollten zudem neue Perspektiven und Herangehensweisen an gesellschaftliche Phänomene rund um das Thema Geschlecht angeregt werden. Diese Impulse der Sensibilisierung sollen wünschenswerterweise langfristig zu einem Abbau von Diskriminierungs- und Machtstrukturen im intra- und außeruniversitären Kontext der Studierenden und Zuhörenden beitragen. Darüber hinaus sollten die Teilnehmenden zum Nachdenken und Umdenken angeregt werden – auch und gerade in alltäglichen Lebenssituationen.

Da eine Präsenzveranstaltung im Wintersemester 2020/2021 aufgrund der Restriktionen durch die Covid19-Pandemie nicht möglich war, fand die Vortragsreihe im Online-Format statt. Dies ermöglichte die Zuschaltung von Teilnehmer*innen und Vortragenden, die sich auch außerhalb von Osnabrück befanden, und machte es möglich, die Veranstaltung weiter zu öffnen. In einem digitalen Raum

konnte der Vortrag verfolgt und im Anschluss miteinander diskutiert werden.

Rückmeldungen und eine während der Veranstaltung ablaufende Evaluation machten deutlich, dass generell nicht nur die Veranstaltungsreihe sehr positiv aufgenommen wurde, sondern auch die ausgewählten Thematiken und Vorträge auf großes Interesse und Zustimmung stießen. Außerdem konnten den Rückmeldungen entnommen werden, dass gerade die thematische Vielfalt abseits des Mainstreams das Wissen und die Interessen der Teilnehmenden traf und zur weiteren, selbstständigen Auseinandersetzung mit diesen führte.

**Paula Edling, Lucia Engel, Johanna Maaß,
Elisa O'Sullivan, Sandra Wagner & Lena Wittenfeld**

Organisatorinnen der Vortragsreihe –
in Kooperation mit der Forschungsstelle
Geschlechterforschung der Universität Osnabrück

WTN?! Akronym für „What The Norm?!“;
**Kritik an & Hinterfragen von gesellschaftlich
akzeptierten, aber diskriminierenden Normen,
macht auf Vielfalt aufmerksam.**

DIE VORTRAGSREIHE im Überblick

Gegen die gebleichten Steinmauern von Stonewall. Gender, Sprache, Durchbruch

Dr.in Michaela Dudley, Berliner trans Frau mit afroamerikanischen Wurzeln, Juristin, Kolumnistin, Kabarettistin, Keynote-Rednerin, Kleinkünstlerin und Diversity-Beraterin

Queer-Theory, Diversity & Gender

Leah Carola Czollek, Leiterin des Instituts „Social Justice und Radical Diversity“, Supervisorin, Mediatorin und Trainerin, Lehrbeauftragte – FH Potsdam

Feminist Futures? Kapitalismuskritik an der Schnittstelle von feministischer und ökologischer Ökonomie

Dr.in Corinna Dengler, Volkswirtin, Postwachstum, Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit, Lehrstuhl Ökonomie und Gender – Universität Vechta

Sex, Gender & Gewalt

Dr.in Mithu Sanyal, Autorin von „Vulva“, „Vergewaltigung. Aspekte eines Verbrechens“, „Identitti“, Kulturwissenschaftlerin, Journalistin

Care in Times of Capitalism

Dr.in Lisa Yashodhara Haller, Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung – Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Feministische Kämpfe um Abtreibung und pränatale Tests – Was sind die Grenzen der Selbstbestimmung?

Kirsten Achtelik, Sozialwissenschaftlerin, freie Journalistin und Autorin – Berlin

Feindbild Feminismus – Geschlechterreflektierte Perspektiven auf Rechtsextremismus

Judith Goetz, Politik- und Literaturwissenschaftlerin, Mitarbeiterin des Fachbereichs Didaktik der politischen Bildung – Universität Wien

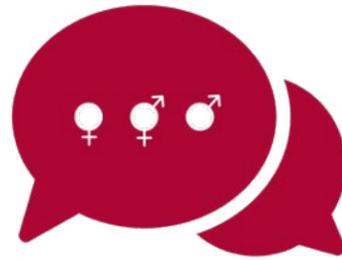
Intersektionale-Postkoloniale feministische Theorie. Grenzgänge von Rhythmus, Begehren, Schmerz & Handlungsmacht

Dr.in Diana Mariam Popal, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft – Universität Bayreuth

Feminist Foreign Policy: Warum wir eine feministische Außenpolitik brauchen

Kristina Lunz, Co-Founder und Co-Executive Director „Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP)“, Forbes 30 under 30 – Berlin, London

Impressum



Herausgegeben durch:

Forschungsstelle Geschlechterforschung
Universität Osnabrück
Seminarstraße 33, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 969 4379
E-Mail: fgf@uni-osnabrueck.de
www.fgf.uni-osnabrueck.de/zukunft

*Sprecher*innen:*

Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald
Prof.in Dr.in Meike Rühl

Sprecherinnen bis Ende 2019:

Prof.in Dr.in Christiane Kunst
Prof.in Dr.in Helen Schwenken

Koordinatorin der Forschungsstelle:

Judith Conrads (bis August 2020)
Anna Moira Hotz (seit September 2020)

Projektmitarbeiter:

Sebastian Bracke

Fotos:

Sebastian Bracke: S. 9, 13, 15, 17, 18, 19, 20, 23, 24, 25, 28, 29, 31, 36 (unten), 38 (oben), 44, 47, 50
Angela von Brill: S. 1, 4 (oben), 5, 6/7, 34/35, 36 (oben, mittig), 38 (mittig, unten), 40, 43, 52/53, 55, 62
iStock.com/frimages: S. 4 (unten), 27, iStock.com/hanabeni: S. 22, iStock.com/katrinaelena: S. 14, iStock.com/
Luciano_Marques: S. 11, 21
privat: S. 10, 16

*Studentische Mitarbeiter*innen:*

Sophie Bohr, Friederike Kordaß, Wladlena Olesch, Silke Sornig, Sandra Wagner, Lena Wittenfeld

Mit freundlicher Unterstützung:

Melanie Aufderhaar (Corporate Design), Martina Witte (Druck)
Stabsstelle Kommunikation und Marketing der Universität Osnabrück



© Angela von Brill

Die Debattenreihe wurde gefördert im Niedersächsischen Vorab durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur und die VolkswagenStiftung sowie durch den Pool Frauenförderung der Universität Osnabrück.

Wir danken allen Mitgliedern der Forschungsstelle Geschlechterforschung für die Unterstützung, insbesondere den vielen, die sich an der Antragsstellung, Planung, Durchführung und Reflexion der Reihe mit Rat und Tat beteiligt haben.

Gefördert im Niedersächsischen Vorab durch:



Gefördert durch:

Pool Frauenförderung der
Universität Osnabrück

